

# Handelsblatt



**Künstliche Intelligenz**  
KI-Technologie lässt Apple und Samsung auf Milliarden hoffen.  
▶ 18

**Investor**  
Dieser Milliardär gilt als Schrecken des deutschen Mittelstands.  
▶ 26

**Immobilien**  
Erstkäufer, aufgepasst: Vor diesen Immobilien warnt ein Topmakler.  
▶ 28

**Großbritannien**  
Außenminister David Lammy will einen Neustart mit Europa.  
▶ 14

## Europas Lithium-Deal

Serbien gewährt der europäischen Autoindustrie exklusiven Zugang zu einer der größten Lithium-Minen der Welt. Das Land hofft auf schnelleren Zugang zur EU.

Die europäische Autoindustrie soll exklusiven Zugriff auf die Lithium-Vorkommen Serbiens erhalten. Kanzler Olaf Scholz trifft sich am Freitag mit dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vucic und dem Vizepräsidenten der EU-Kommission, Maros Sefcovic, in Belgrad. Dort soll eine Absichtserklärung unterzeichnet werden. „Es ist für uns eine große Chance, um unsere Verbindung zu Deutschland und der EU zu stärken“, sagt Vucic im Interview.

Der Rohstoff wird für Batterien gebraucht und gilt als zentral für die Elektromobilität. Bis 2040, schätzt die Internationale Energieagentur, wird sich der globale Bedarf verneunfachen. Ein Großteil der Wertschöpfungskette wird von China kontrolliert. Schon länger drängt die Politik die Autobranche dazu, alternative Lieferanten aufzubauen



Wir sind loyal zu Europa.

Aleksandar Vucic  
Präsident Serbiens

– aus Sorge vor zu großer Abhängigkeit. Der Verband der deutschen Automobilindustrie begrüßt das Abkommen. Um die Ziele beim Klimaschutz zu erreichen, sei die Versorgung mit Rohstoffen essenziell, sagte VDA-Chefin Hildegard Müller. „Das Abkommen mit Serbien ist ein wichtiges und richtiges Signal.“ Der mit der Förderung beauftragte Bergbaukonzern Rio Tinto sieht das Projekt als Katalysator für die Entwicklung einer breiteren Wertschöpfungskette.

Aktuell plant Serbien mit einer Produktion von 58.000 Tonnen Lithium jährlich. Das entspricht rund 17 Prozent der EU-Nachfrage und deckt den Bedarf für die Herstellung von rund 1,1 Millionen Elektroautos. Chinesische Hersteller will Serbien nicht beliefern. Vucic verspricht: „Wir sind loyal zu Europa.“ ▶ Fortsetzung auf Seite 4

### Etat 2025

#### Neue Risiken beim Haushalt

Der Ampelkoalition drohen neue Probleme beim Haushalt für das kommende Jahr. Ob sich die von der Bundesregierung vereinbarten Maßnahmen zur Schließung einer acht Milliarden Euro großen Finanzlücke umsetzen lassen, ist nach Aussage von Finanzminister Christian Lindner (FDP) unklar. Es handle sich um „ergebnisoffene Prüfaufträge“, betonte er. „Erhebliche Anstrengungen liegen vor uns.“ Andere Regierungmitglieder hatten bisher den Eindruck vermittelt, dass die Umsetzung sicherlich gelinge. Zu den Optionen gehören eine Liquiditätsreserve bei der KfW-Bank sowie Darlehen an die Bahn und die Autobahn GmbH. ▶ 7

### Chipausrüster

#### Aktienkurs von ASML bricht ein

Europas wertvollster Tech-Konzern stand am Mittwoch an der Börse massiv unter Druck. Trotz solider Quartalszahlen verloren die Papiere von ASML mehr als zehn Prozent an Wert. Die Investoren befürchten, dass die US-Regierung die Ausfuhr von Chipmaschinen des niederländischen Konzerns nach China weiter erschwert. Das könnte ASML mehrere Milliarden Euro Umsatz kosten. Die Volksrepublik steht für rund 30 Prozent der Erlöse. Auch zahlreiche andere Halbleitertitel mussten wegen der drohenden Sanktionen deutliche Einbußen hinnehmen. ▶ 17

### Wirecard-Prozess

#### Ex-Chefbuchhalter gesteht Fehler

Der frühere Chefbuchhalter von Wirecard, Stephan von Erffa, hat sein Versagen eingestanden. „Ich habe Fehler gemacht, die ich bereue“, erklärte der Angeklagte in der Verhandlung am Münchener Landgericht. Ebenso wie Ex-CEO Markus Braun und Dubai-Statthalter Oliver Bellenhaus wird von Erffa schwerer Betrug vorgeworfen. Erstmals in anderthalb Prozessjahren äußerte er sich inhaltlich zu seiner Rolle und den Vorwürfen. Er beschrieb sich dabei als überforderten Manager, dem wie bei einem „Jongleur“ kein Ball herunterfallen durfte. ▶ 20

Märkte	
Dax	18.471 Pkt. -0,26 %
MDax	25.575 Pkt. -0,01 %
TecDax	3.360 Pkt. -0,46 %
E-Stoxx 50	4.901 Pkt. -0,94 %
Dow Jones	41.031 Pkt. +0,19 %
Nasdaq	18.064 Pkt. -2,40 %
S&P 500	5.601 Pkt. -1,16 %
Nikkei	41.098 Pkt. -0,43 %
Euro/Dollar	1,0930 US\$ +0,28 %
Gold	2.462,63 US\$ -0,26 %
Öl	85,64 US\$ -1,10 %
Dax Gewinner	
1 BASF	+2,36 % 44,85 €
2 Adidas	+2,32 % 234,00 €
3 Bayer	+2,13 % 26,61 €
Verlierer	
1 Rheinmetall	-5,40 % 485,70 €
2 Siemens Energy	-4,29 % 25,46 €
3 Zalando	-2,20 % 23,98 €

Stand: 17:00 Uhr

### Die Republikaner in Euphorie

Der Wahlsieg im November sei Donald Trump kaum noch zu nehmen, analysierten viele Beobachter nach dem missglückten Anschlag am Wochenende. Zumindest hat er innerhalb der Republikanischen Partei alle Restzweifel weggewischt und durch eine quasi-religiöse Verehrung ersetzt. Mitten im Jubel sind mehrere deutsche Bundestagsabgeordnete unterwegs und knüpfen Kontakte zu jenen, die ab dem kommenden Jahr über die US-Politik entscheiden könnten. Sie wollen verhindern, dass Deutschland auf den nächsten Trump-Sieg so schlecht vorbereitet ist wie beim ersten Wahlsieg 2016. ▶ 6



## BMW testet neue Motorentechnik

Der Autobauer prüft den Serieneinsatz von Radnabenmotoren.

BMW macht einen Vorstoß, um einer neuen Motorentechnik zum Durchbruch zu verhelfen. Seit drei Jahren arbeitet der Autohersteller gemeinsam mit dem Münchener Start-up Deep Drive an sogenannten Radnabenmotoren. Nach „vielversprechenden Prüfstandergebnissen“ sollen nun die ersten Praxistests verschiedener Varianten in mehreren Modellen auf der Straße folgen, teilte BMW am Mittwoch mit.

Für die Autokonstruktion bietet das Konzept radikal neue Möglichkeiten. Die Motoren entwickeln ihre Kraft direkt im Rad und machen Antriebswellen und Getriebe überflüssig. Das Auto wird insgesamt leichter, und es bleibt deutlich mehr Raum, etwa für mehr Batteriezellen. Im Betrieb soll die Maschine bis zu zwanzig Prozent effizienter als heutige Motoren arbeiten – ein Wert, den die BMW-Ingenieure mittlerweile für realistisch halten.

Bisher haben sich zahlreiche Unternehmen aus der Autoindustrie am Einsatz von Radnabenmotoren in Pkw versucht, die Technologie aber nicht zur Serienreife gebracht. Deep Drive hat nun nach eigenen Angaben aber eine technische Lösung gefunden, mit der die Motoren kleiner und leichter werden. Auch sollen keine seltenen Erden zum Einsatz kommen. 2026 will das Start-up die Produktion in einer Kleinserie starten. ▶ 16

Belgien, Luxemburg, Niederlande u. Österreich 3,70 € / 4,50 €  
Frankreich 4,20 € / 4,50 €  
Großbritannien 4,00 GBP / 5,00 GBP  
Schweiz 5,50 CHF / 6,50 CHF  
Polen 23,00 PLN / 27,00 PLN

IMAGO/ZUMA Press Wire, British Council / Ben Dance / FCD0

Monatsabonnententel: 0211 987 3602  
Handelsblatt Print + Premium: 79,88 Euro  
Handelsblatt Print + Premium: 79,88 Euro  
www.handelsblatt.com/angebot

Handelsblatt GmbH Kundenservice  
Tel. 0211 987 3602  
kundenservice@handelsblatt.com

40029  
190253 103507

PREIS 3,50 €

G 02531

Handelsblatt

## Thema des Tages

**Europas Lithium-Deal** Serbien gewährt der europäischen Auto-industrie exklusiven Zugang zu einer der weltgrößten Lithium-Minen. ▶ 4

**Aleksandar Vučić** Im Interview erklärt der serbische Staatschef, warum er auf Europa setzt und warum er nicht mit Putin spricht. ▶ 4

## Politik

**Republikaner-Parteitag** Kontakte knüpfen zum Trump-Umfeld: Mehrere deutsche Delegationen sind in Milwaukee. ▶ 6

**Gesundheit** Die Notaufnahmen der Kliniken sind überfüllt, Patienten müssen oft warten: Minister Lauterbach will das ändern. ▶ 8

**Gipfeltreffen** Großbritannien sucht Anschluss nach Europa: Beim „europäischen Davos“ haben Staats- und Regierungschefs die Chance, in Sicherheitsfragen enger zu kooperieren. ▶ 9

**Großbritannien** Keir Starmer will das Königreich umbauen. ▶ 9

**Stromnetze** Wie Bürokratie die Energiewende lähmt: Oft dauert es Monate, ehe eine Photovoltaik-Anlage oder eine Wärmepumpe ans Stromnetz kann. ▶ 10

**Frankreich** Jean-Luc Mélenchon, Olivier Faure, Marine Tondelier: Die mühsame Suche nach einem Premierminister. ▶ 11

## Unternehmen

**E-Mobilität** BMW will den Antrieb revolutionieren: Der Autobauer testet zusammen mit dem Start-up Deep Drive den Serieneinsatz von Radnabenmotoren. ▶ 16

**Chipausrüster** ASML-Aktie bricht ein: Der Konzern verliert an der Börse deutlich. ▶ 17

**Künstliche Intelligenz** Apple, Google und Samsung setzen auf den „Superzyklus“ für Smartphones und wollen mit der KI-Technologie Apps überflüssig machen. ▶ 18

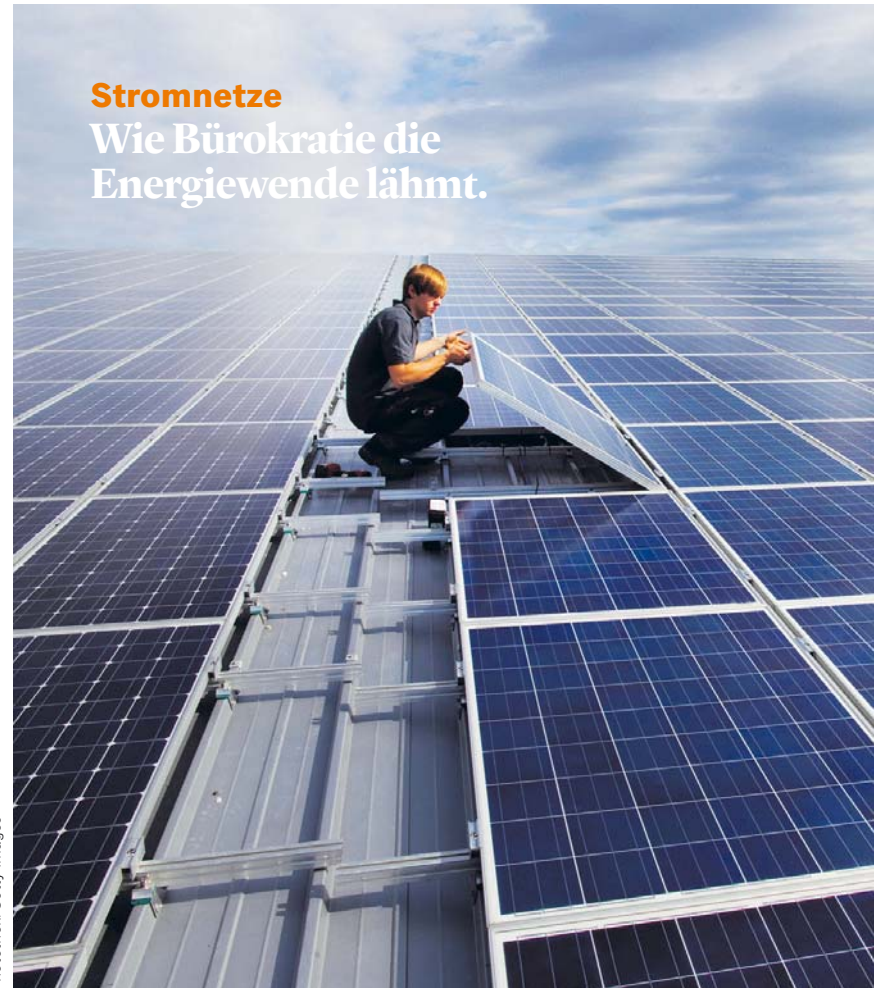
**Banken** Georges Elhedery wird Chef der britischen Großbank HSBC. ▶ 19



IMAGO/Seeliger

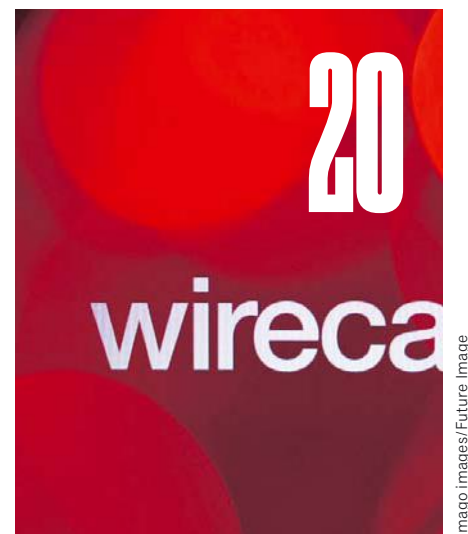
**Immobilienpreise**  
**Was ein Top-Makler Haus- und Wohnungskäufern jetzt rät.**

Photothek/Getty Images



IMAGO/Zoomar

**Apple, Google, Samsung**  
**Neueste KI-Technologie soll das Smartphone verändern und Apps überflüssig machen.**



imago images/Future Image

**Wirecard-Prozess**  
**Ex-Chefbuchhalter von Erffa bricht sein Schweigen.**

## In dieser Ausgabe

### Namensindex

Anderson, Bill	24
Beier, Markus	8
Bellenhaus, Oliver	20
Bello, Huguette	11
Berlenbach, Joachim	36
Biden, Joe	6, 13
Bin, Dror	21
Branson, Mark	30
Bratzel, Stefan	17
Braun, Markus	20
Braun, Reiner	37
Bühlinger-Göpparth, Nicola	8
Clüver Ashbrook, Cathryn	7
Colby, Elbridge	7
Costica, Ynon	21
d'Avoine, Marc	27
Dahmen, Janosch	8
Dobmeier, Rudolf	26
Elhedery, George	19
Faeser, Nancy	13
Faure, Oliver	11
Flacks, Michael	26
Fouquet, Christophe	17
Grenell, Richard	6
Hahn, Florian	6
Hakverdi, Metin	6
Härtel, André	36
Herbst, Max	37
Hollande, François	11
Johnson, Paul	9
Kallas, Kaja	5
Knower, David	6
Kukies, Jörg	30
Kung, Darwei	37
Lagarde, Christine	12, 30
Clüver Ashbrook, Cathryn	13, 14
Lauterbach, Karl	8
Leibinger-Kammüller, Nicola	19
Ley, Burkhard	20
Link, Michael	6, 7
Luttwak, Ami	21
Macron, Emmanuel	11, 13
Meier, Erich	36

Mélenchon, Jean-Luc	11
Michaelis, Andreas	6
Musk, Elon	13, 25
Nemat, Claudia	18
Pilsinger, Stephan	8
Pörnbacher, Felix	16
Pötzsch, Thorsten	30
Putin, Wladimir	5
Rappaport, Assaf	21
Reznik, Roy	21
Ross, Verena	30
Schalast, Christoph	29
Schewe, Hans-Rüdiger	27
Scholz, Olaf	4, 13
Sichelschmidt, Dieter	27
Sonder, Jürgen	29
Spahn, Jens	6
Starmer, Keir	9, 13, 14
Sukumar, Vinesh	19
Trump, Donald	6, 13, 17, 19, 25
Truss, Liz	9
Tubiana, Laurence	11
Tucker, Mark	19

Utecht, Jörg	37
Vance, J. D.	7, 13
Venkatramanan, Anand	37
Virsik, Karol	16
von der Leyen, Ursula	5
von Erffa, Stephan	20
Vučić, Aleksandar	4
Wauquiez, Laurent	11
Wennink, Peter	17
Winkeljohann, Norbert	24
Xi Jinping	5
Yue, Jerry	18
Zachert, Matthias	39
Zack, Shenaz	18
Zippel, Günther	26

### Unternehmensindex

7-Eleven	22
Aeroflot	22
Air France	22
Alphabet	21
Amazon	22, 40
AMD	17
Anglo American	40
Apple	40
ASML	17, 19
Austrian Airlines	22
Baker McKenzie	26
Bank of China	26
Barclays	26
Bayer	24
BDO	26
BHP	40
Blackstone	40
BMW	12, 16
Brain Technologies	18
Compact	13
Conspect Film	13
Continental	12, 16
Deep Drive	12, 16
Deutsche Bank	25, 26
Deutsche Börse	30
Deutsche Telekom	18
Disney	40
Dormakaba	27
DWS	37

Empirica	37
Eurex Clearing	30
EY	26
fan and more	26
Flack Group	26
Freshfields	26
Google	18, 21
Holzverpackung Hüfingen	26
HSBC	19
Hyundai	16
Interhyp	37
JP Morgan	26
KPMG	26
Lanxess	39
Lufthansa	22
Lundin Gold	26
Mercedes-Benz	4, 12
Micron	17
Newmont	36
Novartis	40
Nvidia	17
Ogro Beschlagtechnik	26

Pobeda	22
Protektor-Gruppe	23
PwC	24, 26
Qualcomm	19
S7	22
Samsung	17, 18
Schaeffler	16
SK Hynix	17
Skadden	26
Southern Cross	37
Stellantis	4
Sugino	26
Tencent	22
Tesla	17, 25
Trumpf	19
TSMC	17
Turkish Airlines	22
United Airlines	40
Volkswagen	4, 12, 17
White & Case	26
Wirecard	20
Wiz	21
Zippel	26

10



H

## Die wichtigsten News aus dem Handelsblatt-Korrespondentennetz

### Milwaukee

Mehrere deutsche Delegationen sind auf dem Republikaner-Parteitag. Das Ziel: Die Beziehungen zu Donald Trumps Umfeld pflegen. ▶ 6

### London

Wie der neue britische Regierungschef Keir Starmer das Königreich umbauen will. ▶ 9

### London

Ein Treffen europäischer Staats- und Regierungschefs bietet die Chance, in Sicherheitsfragen mit Großbritannien enger zusammenzuarbeiten. ▶ 9

### Paris

In Frankreich läuft die mühsame Suche nach einem neuen Premierminister. Wer Chancen hat. ▶ 11

### San Francisco

Apple, Google und Samsung hoffen auf einen „Superzyklus“ für Smartphones. ▶ 18



### London

Ex-Investmentbanker Georges Elhedery wird neuer Chef der britischen Großbank HSBC. ▶ 19

### Moskau

Russische Flugzeuge werden zum Risiko. Denn westliche Ersatzteile fehlen. ▶ 22

### Tel Aviv

Der Wiz-Deal von Google bringt Hoffnung für Israels Tech-Szene. ▶ 21

### San Francisco

Elon Musk verlegt den Sitz von X und SpaceX nach Texas. ▶ 23

**Maschinenbau** Trumpf bekommt Dämpfer: Der Umsatz des Laserspezialisten geht erstmals seit Jahren zurück. Auch der Auftragseingang sackt ab. ▶ 19

**Bilanzskandal** Ex-Chefbuchhalter von Wirecard: „Habe Fehler gemacht, die ich bereue“. Stephan von Erffa äußert sich im Prozess zum ersten Mal inhaltlich. ▶ 20

**Alphabet** Wiz-Deal: Hoffnung für Israels kriegsgeschundene Tech-Szene. ▶ 21

**Ersatzteile** Russische Flugzeuge werden zum Risiko: Es fehlt an westlicher Technik. ▶ 22

**Norbert Winkeljohann** „Du hast ein gutes Team, wenn du das Sägen an deinem Stuhl hörst“: Der Aufsichtsratschef von Bayer im Interview. ▶ 24

## Finanzen

**Apostolos Bibudis** Der Deutschlandchef des Maklervereins IAD rechnet damit, dass es noch lange zu wenig bezahlbare Wohnungen geben wird. ▶ 28

**Finanzmarktaufsicht Esma** Debatte über die EU-Börsenaufsicht wird intensiver. ▶ 30

**Goldaktien** Das wachsende Sicherheitsbedürfnis vieler Anleger beflügelt Fonds für Minenwerte. ▶ 36

**Umfrage** Großinvestoren setzen wieder massiv auf US-Aktien: Tech-Titel bleiben wichtig. ▶ 38

**Märkte-Insight** Trump, Vance und die Märkte: Welche Auswirkungen die US-Wahl auch auf europäische Aktien und Anleihen haben wird. ▶ 48

## Meinung & Analyse

**Europäische Zentralbank** Erst Inflation, nun Schulden: Die Geldpolitik wird in absehbarer Zeit wieder langweilig. Aber der EZB geht die Arbeit nicht aus. ▶ 12

**Autoindustrie** Im Elektroauto steckt noch viel Potenzial: Der Stromantrieb wird sich durchsetzen – weil wichtige Innovationen erst kommen. ▶ 12

**„Compact“-Verbot** Faesers juristische Gratwanderung: Die Innenministerin riskiert mit ihrem Vorgehen ihre politische Karriere. ▶ 13

**EPC-Gipfel** Endlich bewegt sich was in Europa: Die neue Regierung in London kommt in eine ungewohnte Führungsrolle. ▶ 13

## Gastkommentar



Die neue britische Regierung wird Großbritannien wieder mit der Welt vernetzen.

David Lammy  
Außenminister von Großbritannien

▶ 14

Anzeige

Handelsblatt  
Management Campus

Prof. Dr. Christian Gärtner  
Professor für HRM,  
Speaker & Trainer

eLearning  
KI HR  
Masterclass

Nur noch bis 31.08.  
30%  
Sommer-  
Rabatt

Das eLearning für KI-gestützte Personalarbeit: von der Rekrutierung bis zur Personalführung mit ChatGPT und Co.

- » KI-gestützte Effizienzsteigerung im Personalbereich
- » Praktische Use-Cases zur Entwicklung innovativer Lösungen
- » Best Practices aus der Praxis und wissenschaftliche Studienergebnisse
- » People Analytics mit generativer KI entlang der HR-Wertschöpfungskette
- » Technische Grenzen und ethische Rahmenbedingungen
- » Live-Prompting und SoftwareDemonstrationen
- » Inkl. Live-Sessions mit Prof. Dr. Christian Gärtner

Jetzt informieren und anmelden:  
[handelsblatt.com/ki-hr](https://handelsblatt.com/ki-hr)



# Europas Lithium-Deal

► Fortsetzung von Seite 1

Für die europäische Automobilindustrie ist die Versorgung mit Lithium eine Existenzfrage. Der Rohstoff ist die entscheidende Zutat in praktisch allen Akkus für Elektroautos. Und die Branche steht vor einem Boom: 8,3 Millionen Fahrzeuge könnten laut einer aktuellen Analyse der Schweizer Großbank UBS im Jahr 2030 auf dem Kontinent verkauft werden. Das sind zwar 1,3 Millionen Einheiten weniger als noch in früheren Prognosen – aber immer noch knapp viermal so viele Stromer, wie 2023 neu zugelassen wurden.

Schon heute ist der Rohstoff äußerst begehrt: Zwischen 2017 und 2022 hat sich die Lithiumnachfrage verdreifacht und für eine Rally am Lithium-Terminmarkt gesorgt. Mittlerweile hat der Preis wegen der schwächeren Elektro-Nachfrage wieder nachgelassen. Dennoch bleibt das Angebot knapp: Laut IEA deckt die erwartete Lithiumproduktion aus angekündigten Förderprojekten derzeit nur die Hälfte der erwarteten Nachfrage. Der Großteil des globalen Bedarfs wird momentan von australischen Minen gedeckt.

Zwar gibt es auch Vorkommen innerhalb der EU – etwa in Portugal, Spanien, Irland, England, Frankreich, Österreich, Finnland oder Bosnien-Herzegowina. Ob diese allerdings zeitnah ausgebeutet werden können, ist fraglich. Laut Experten vergehen zwischen Exploration und Förderung im Schnitt zwischen fünf und 15 Jahre. Das liegt zum Teil an strengen Umweltauflagen – aber auch am Widerstand aus der Bevölkerung.

Warten können die deutschen Autohersteller darauf nicht. Allein der VW-Konzern plant, mit seiner Batterieeinheit Powerco bis 2030 rund 200 Gigawattstunden an Produktionskapazitäten selbst aufzubauen – genug, um bis zu drei Millionen E-Autos mit Batterien auszurüsten. Die ersten beiden Powerco-Werke werden 2025 und 2026 erst in Deutschland und dann in Spanien produziert. Eine weitere Fabrik ist in der kanadischen Provinz Ontario geplant. Insgesamt rechnet VW bis Ende des Jahrzehnts mit einem Batteriebedarf in der Größenordnung von 400 Gigawattstunden.

Schon länger schauen die Autobauer daher verstärkt nach Möglichkeiten, Rohstoffe wie Lithium oder Nickel im großen Stil abzusichern. Einige investieren sogar direkt in Minen: General Motors (GM) hatte kürzlich bekannt gegeben, 650 Millionen Dollar in eine Lithium-Mine im US-Bundesstaat Nevada zu investieren. Damit ließen sich bis zu eine Million E-Autos jährlich mit Batterien ausstatten.

Bislang dominieren chinesische Unternehmen die Lieferkette. Die Kommunistische Partei will China wirtschaftlich und technologisch unabhängiger vom Ausland und gleichzeitig chinesische Zulieferer unersetzlich machen. In den vergangenen Jahren

haben chinesische Firmen daher Milliarden in Südamerika und Afrika investiert, um sich den Zugang zu Lithium zu sichern. Ein Beispiel ist der Autobauer BYD, der Interesse an Minen in Afrika und Chile bekundet hat. Allerdings soll es bei einigen der Projekte zuletzt Probleme gegeben haben.

Noch dominanter ist Chinas Rolle in der weiteren Lithiumverarbeitung: Rund 60 Prozent des weltweit geförderten Lithiums werden von chinesischen Firmen zu nutzbaren Chemikalien weiterverarbeitet.

Serbien will daher auch eine eigene Wertschöpfungskette aufbauen. So soll nur ein Teil des Lithiums als Rohstoff in die EU exportiert und der Rest im eigenen Land zu Batterien verarbeitet werden. Präsident Vucic rechnet damit, dass rund ein Sechstel des Bruttoinlandsprodukts in Zukunft auf den Sektor entfallen könnte.

Frühestens 2028 könnte Rio Tinto mit der Förderung beginnen, berichtet Bloomberg. Zu den Unternehmen, die von dem Deal profitieren könnten und die Absichtserklärung ebenfalls unterzeichnen, zählen Mercedes-Benz und Stellantis. Für Serbien sind neben den



Olaf Scholz: Der Bundeskanzler fährt am Freitag nach Serbien.

wirtschaftlichen Erwägungen auch die politischen Implikationen wichtig, vor allem eine Beschleunigung der EU-Beitrittsgespräche, die bereits seit 2012 laufen – allerdings schleppend, weil längst noch nicht alle Forderungen der EU erfüllt sind.

So trägt Serbien als einziges europäisches Land die EU-Sanktionen gegen Russland nicht mit. Dabei ist die Voraussetzung für einen Beitritt die Angleichung an die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Auch das Freihandelsabkommen, das Vucic 2023 mit China geschlossen hat, steht der EU-Integration entgegen. Hinzu kommen innenpolitische Probleme: Die Freiheit der Presse wird in Serbien unterdrückt, die Justiz gilt als nicht vollkommen unabhängig. Und der Konflikt mit dem Kosovo bereitet Brüssel Sorgen.

Die Lithium-Mine soll der EU nun zeigen, dass auf Serbien Verlass ist. Ganz ohne Chinas Beteiligung funktioniert der Deal indes nicht: Einer der Anteilseigner von Rio Tinto ist mit 14 Prozent die Aluminum Corporation of China. dah, mur, jh, lab, sg



Aleksandar Vucic

## „Wir sind loyal zu Europa“

Serbien wird von China und Russland wegen seiner Lithium-Vorräte und seiner Lage umworben. Im Interview erklärt Staatschef Vucic, warum er auf Europa setzt – und nicht mit Putin spricht.

**Herr Vucic, Vertreter der Bundesregierung haben bislang nicht oft ihr Land besucht. Am Freitag werden Sie nun Bundeskanzler Olaf Scholz in Serbien empfangen. Welche Erwartungen knüpfen Sie an die Visite?**

Es ist für uns eine große Chance, um unsere Verbindung zu Deutschland und zur Europäischen Union zu stärken. Neben dem Gespräch über aktuelle politische Entwicklungen wird es um die wirtschaftliche Kooperation gehen. Wir verfügen über eine der weltweit größten Reserven an Lithium. Dieses Material ist wichtiger Bestandteil von Batterien, die für die Elektromobilität benötigt werden. Die EU braucht Lithium, und wir wollen unsere Verbindung zur EU stärken.

**Wie soll diese Zusammenarbeit im Bereich Lithium konkret aussehen? Die Pläne für den Abbau waren nach einem Stillstand erst vor wenigen Monaten wieder aufgelebt, da die Umweltprobleme entgegen zwischenzeitlichen Annahmen auf einmal als lösbar erachtet wurden.**

Wir wollen die Wertschöpfung – so weit wie es eben möglich ist – im eigenen Land behal-

ten. Daher wollen wir die Produktion von Batterien in Serbien ansiedeln und nur einen Teil des Lithiums als Rohstoff verkaufen. Über diesen Weg wollen wir uns als Standort für die Autoproduktion stärker ins Spiel bringen. Ein Export von Fahrzeugen in den EU-Raum würde so ohne Zölle möglich, da mit den Batterien ein erheblicher Teil des Autos lokal gefertigt werden würde.

**Gilt diese Einladung für Batteriehersteller aus aller Welt oder wollen Sie den Europäern den Vorzug geben?**

Wir haben eine Reihe von Gesprächen geführt und dabei ein positives Feedback aus der europäischen Autoindustrie erhalten. Dazu gehören Mercedes und Volkswagen, aber auch Stellantis, die in Serbien ein Autowerk betreiben. Gerade zu Wochenbeginn hatte ich ein Gespräch mit dem Botschafter aus Korea, der ein Interesse seines Landes an einer Fertigung in Serbien bekundet hatte.

**Haben Sie auch Gespräche mit Herstellern aus China geführt?**

Die haben sehr klar ihr Interesse zum Ausdruck gebracht, dass sie Zugang zu den Lithium-Vorkommen haben wollen. Wir haben ihnen aber mitgeteilt, dass wir dieses Thema



Lithiumhaltiges Gestein: Serbien will jährlich 58.000 Tonnen des Metals produzieren.

mit den Europäern diskutieren. Wir sind loyal zu Europa.

**Sie reden also nun mit Europäern und nicht mit Chinesen?**  
Exakt.

**Der Besuch von Kanzler Scholz legt nahe, dass ein Deal über die serbischen Lithium-Vorkommen in greifbarer Nähe ist. Erwarten Sie einen Abschluss?**

Ja. Wie ich bereits sagte, wollen wir die gesamte Wertschöpfungskette in Serbien halten, aber wir müssen auch Zugeständnisse machen. Kleinere Mengen werden nach Deutschland gehen. Alles andere geht über die Produktion von Katalysatoren und Lithiumbatterien, die in Serbien hergestellt werden.

**Können Sie uns einen Einblick in den Stand der Gespräche geben?**

Ich kann nicht über den konkreten Stand reden. Die Dimension kann ich aber greifbar machen. Wir werden in der Lage sein, jährlich 58.000 Tonnen Lithium abzubauen. Dies reicht in Summe für 1,1 Millionen Elektroautos. Wir werden also in der Lage sein, rund 17 Prozent des europäischen Marktes zu

versorgen. Mit der Zeit wird die Produktion sogar für einen größeren Anteil ausreichen, da die technologische Entwicklung zu Batterien mit einem geringen Lithium-Anteil geht.

**Die Lithium-Vorkommen sollen das Ticket für Serbien für einen Beitritt zur Europäischen Union sein?**

So verkürzt lässt sich das nicht sagen. Die EU wie auch Serbien werden jedoch beide davon profitieren. Für uns wird es einen enormen Einfluss haben: Bis zu 16 Prozent des Bruttoinlandsprodukts werden zukünftig auf das Geschäft mit Lithium entfallen. Für uns ist das zwar ein Segen. Aber glauben Sie mir, eine Mitgliedschaft in der EU ist für unsere Bürger sehr viel bedeutsamer. Der Zugang zu einem einheitlichen Markt mit der Reisefreiheit ist wichtig für uns. Vereinfachte Passkontrollen zählen für uns mehr als Geld.

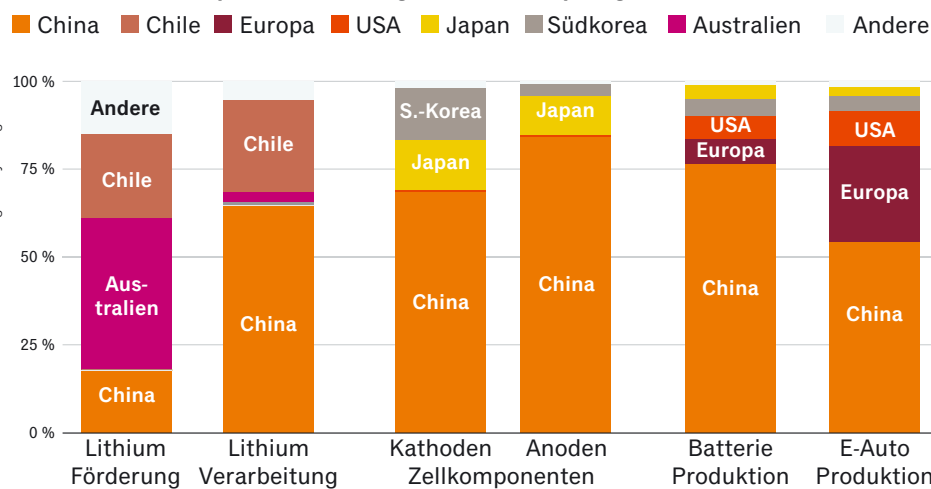
Druck in allen Fragen Russland und die Ukraine betreffend.

**Sie setzen sich für einen Beitritt Serbiens in die EU ein, aber die serbische Bevölkerung scheint immer skeptischer auf eine Integration zu blicken. Macht Ihnen das Sorgen?**

Ich glaube, die Mehrheit der Serben ist für einen Beitritt zur EU. Sie müssen verstehen, dass es denen, die dagegen sind, nicht um die EU selbst geht. Es geht ihnen um Themen, die die EU im Zusammenhang mit dem Kosovo aufgebracht hat, mit denen sie nicht einverstanden sind. Sie finden, dass die EU und die Nato mit zweierlei Maß messen, wenn es um Russland geht und als es wie damals um das Bombardement der Nato 1999 auf unser Land ging. Manche haben auch den Enthusiasmus verloren für die EU, weil wir uns seit rund 24 Jahren im Beitrittsprozess befinden

## China beherrscht fast die gesamte Lieferkette für E-Auto-Batterien

Marktanteil der Kapazitäten entlang der Wertschöpfungskette im Jahr 2022



HANDELSBLATT

Quelle: IEA

**In der Vergangenheit war es um die Beziehungen zwischen Serbien und Deutschland nicht immer zum Besten bestellt. Die Bundesregierung kritisierte etwa die letzten Wahlen in Serbien als „irregulär“ und ermahnte die serbische Regierung, die Situation im Kosovo nicht zu eskalieren. Wie wollen Sie das überwinden?**

Es ist eine glatte Lüge, dass es Betrug bei den Wahlen gegeben haben soll. Wer sich ernsthaft damit beschäftigt, weiß das auch. Ja, wir haben Meinungsdivergenzen, was die Situation im Kosovo angeht. Aber jetzt ist es Zeit, die Beziehung neu zu gestalten.

**Was erwarten Sie von der neuen EU-Kommission?**

Ich bin ein großer Fan von Ursula von der Leyen. Ich glaube, dass sie immer einen sehr rationalen Ansatz gegenüber dem Westbalkan hatte. Sie hat manche unserer Differenzen verstanden. Und sie ist öfter auch nach Belgrad gereist, was nicht viele aus Brüssel gemacht haben. Das haben wir immer geschätzt. Haben wir irgendwelche Schwierigkeiten mit der Nominierung von Kaja Kallas als neue EU-Außenbeauftragte? Wir werden sehen. Wir rechnen auch mit weiterem

– ohne greifbare Anerkennung unserer Leistungen.

**Wie wichtig ist die Integration Serbiens in die EU für Sie persönlich?**

Es ist wichtig für uns. Unser Ziel ist es, Teil der Europäischen Union zu werden.

**Gleichzeitig nähert sich Serbien Russland und China immer stärker an. Die Bundesregierung hat gesagt: Wenn wir über die Erweiterung sprechen, ist es entscheidend, dass man nicht auf zwei Stühlen gleichzeitig sitzen kann.**

Ich sitze nur auf einem Stuhl: auf dem serbischen. Und inwiefern nähern wir uns Russland an? Ich habe seit zweieinhalb Jahren nicht mehr mit Wladimir Putin gesprochen.

**Als einziges Land in Europa unterstützt Serbien nicht die Sanktionen des Westens gegen Russland. Und, was noch?**

**Sie treffen sich mit Vertretern der russischen Regierung, sie trafen sich erst kürzlich mit dem chinesischen Staats- und Parteichef Xi Jinping, Serbien hat ein Handelsabkommen mit China abgeschlossen – dabei ist Handelspolitik EU-Sache. Warum machen Sie das, wenn Sie doch Teil der Europäischen Union sein wollen?**

Ja, Kanzler Scholz hat sich auch mit Xi Jinping getroffen. Deutschland sendet auch Regierungsmitglieder nach China, kürzlich war Minister Habeck dort, wenn ich nicht irre. Das ist völlig normal und sinnvoll. Jeder muss seine Interessen vertreten – und genau das tun wir.

**Aber anders als Deutschland hat Serbien ein Freihandelsabkommen mit China abgeschlossen im Jahr 2023, das am 1. Juli in Kraft getreten ist. Wie passt das zusammen mit Ihrem Wunsch, in die EU einzutreten, die ja zuständig ist für Handelspolitik?**

Natürlich haben wir ein Freihandelsabkommen mit China abgeschlossen. Die Europäische Union hat viele Freihandelsabkommen mit Ländern abgeschlossen, mit denen wir keine Abkommen haben. Wir kümmern uns um unsere Wirtschaft. Unser Wirtschaftswachstum lag bei 4,7 Prozent im ersten Quartal dieses Jahres – damit sind wir Spitze in Europa.

**Sie sagten jüngst in einem Interview, dass Sie in der Ukraine eine Katastrophe kommen sehen. Was meinen Sie damit?**

Die Situation wird sich verschlechtern. Wissen Sie, wenn ich mit meinen Freunden im Westen rede, sagen sie, sie können den Krieg nicht verlieren, denn wenn sie verlieren, dann wird Russland weitermachen mit seinen Aggressionen und Überfällen auf andere Länder. Das Problem ist aber, dass sie sich nie in die Lage von Putin versetzt haben. Wenn er verliert, wird er das nicht nur persönlich nicht überstehen, sondern alles verlieren, was sein Erbe ausmacht.

**Sie meinen, Putin hat mehr zu verlieren als die Ukraine?**

Ich sage, dass er nicht weniger zu verlieren hat als der Westen. Versetzen Sie sich in die Lage des anderen. Sie sollten sich fragen, wer bereit ist, mehr Menschen zu opfern in diesem Konflikt. Dann haben Sie ein klares Bild von der Zukunft.

**Was würden Sie Kanzler Scholz raten, wenn er Sie fragt, wie ein Weg zum Frieden aussehen könnte?**

Zunächst einmal würde ich ihm sagen, dass ich nur ein kleiner Mann bin und er bessere Berater hat als mich. Wenn er aber wirklich hören will, was ich denke, würde ich sagen: Schließen Sie so schnell wie möglich einen Waffenstillstand. Es spielt keine Rolle, unter welchen Bedingungen. Besprechen Sie die Bedingungen danach, sei es ein Nato-Beitritt, ein EU-Beitritt oder territoriale Fragen. Besprechen Sie das später.

**Also erst einen Waffenstillstand, dann Verhandlungen?**

Ja. Jeden Tag sterben Hunderte Menschen. Das ist unerträglich.

**Und Sie glauben, dass Putin einen Waffenstillstand einhalten würde?**

Putin wird vermutlich dasselbe auch fragen: Würde die Ukraine einen Waffenstillstand einhalten? Ich glaube, dass beide Seiten schlechte Erfahrungen miteinander gemacht haben. Den Krieg zu stoppen hat die höchste Priorität.

**Die „Financial Times“ berichtet, dass Serbien Munition im Wert von 800 Millionen Euro seit Kriegsbeginn an Verbündete der Ukraine verkauft hat, die diese dann weiter an die Ukraine verkaufen.**

Serbien hat eine Militärindustrie. Wir verkaufen ausschließlich Munition an zulässige Endnutzer, keine Waffen. Russland und die Ukraine sind keine zulässigen Endnutzer. Dorthin liefern wir selbstverständlich nicht. Was andere Länder mit unserer Munition machen, liegt nicht in unserer Verantwortung.

**Herr Vucic, vielen Dank für das Interview.**

Die Fragen stellten Dana Heide und Martin Murphy.

### Vita

**Der Politiker** Aleksandar Vučić ist seit April 2017 Präsident von Serbien. Weil er einen engen Draht zu Russlands Präsident Wladimir Putin pflegte, zog er immer wieder Kritik auf sich. Inzwischen beteuert er, dass er seit zweieinhalb Jahren keinen Kontakt zu Putin hat.

**Der Mensch** Vučić ist verheiratet und hat drei Kinder. Er spricht mehrere Sprachen. Derzeit lernt er Deutsch.



## Republikaner-Parteitag

# Zu Gast bei neuen Freunden

Mehrere deutsche Delegationen sind auf dem Republikaner-Parteitag in Milwaukee. Das Ziel: die Beziehungen zu Donald Trumps Umfeld zu pflegen. Doch das gestaltet sich mühsam.

Dana Heide, Annett Meiritz Berlin, Milwaukee

**E**in Spürhund streift ums Büfett, Sicherheitsleute sind an allen Türen postiert. Nach dem Attentat auf den Präsidentschaftskandidaten Donald Trump wurden die Schutzmaßnahmen rund um den Republikaner-Parteitag in Milwaukee aufgestockt, selbst bei den zahlreichen Neben-Events.

Die rechtskonservative Denkfabrik Heritage Foundation, die Teile des Trump'schen Wahlprogramms erarbeitet, hat zum Auftakt eine gut besuchte Veranstaltung organisiert. Hunderte Denkfabrikexperten und Delegierte wuseln durch die Flure. Plötzlich erspäht man ein in Deutschland bekanntes Gesicht: An einer Wand lehnt Unionsfraktionsvize Jens Spahn.

Er habe „schon immer eine republikanische Convention“ erleben wollen, erzählt er dem Handelsblatt. „Außerdem will ich aus erster Hand wissen, was Republikaner denken und wollen, was sie beschäftigt. Um inhaltlich vorbereitet zu sein auf einen möglichen Wahlsieg von Donald Trump.“ Er ist nicht der Einzige, der zur Kontaktpflege in die USA gekommen ist.

Mehrere Bundestagsabgeordnete wie Florian Hahn (CSU) und Metin Hakverdi (SPD) sind angereist, dazu der Transatlantik-Beauftragte der Bundesregierung, Michael Link (FDP). Der deutsche Botschafter in Washington, Andreas Michaelis, wird am Mittwoch in kleiner Runde an einem Mittagessen „mit einem engen Trump-Berater“ teilnehmen.

Die Europäische Union lädt die ganze Woche zu Diskussionsveranstaltungen ein, und die Münchner Sicherheitskonferenz schmiss einen Empfang im „The Pfister“ – dem offiziellen Trump-Hotel und Herberge für Spitzen-Republikaner. Dazu kommen Dutzende Gäste von Stiftungen, Unternehmen und Fachverbänden. „The Germans“, wie ein Uber-Fahrer feststellt, sind überall.

Die transatlantische Charmeoffensive ist Teil einer inoffiziellen Strategie des „Trump Proofing“ – die Vorbereitung der deutschen Politik auf eine mögliche zweite Amtszeit von Donald Trump. 2016 wurden die Deutschen vom Wahlsieg Trumps kalt erwischt, das soll nicht noch einmal passieren. Zumal das Szenario, dass Trump in knapp vier Monaten gegen Joe Biden triumphieren könnte, seit der Debatte über Bidens Alter und das Attentat auf Trump noch wahrscheinlicher geworden ist.

Einer, dessen Telefon in den vergangenen Wochen kaum stillstand, ist



Parteitag der Republikaner in Milwaukee: Auch Spitzenkandidat Trump und sein Running Mate Vance zeigten sich (unten).

David Knower. Der Unternehmensberater ist keiner, der sich in den Vordergrund drängt, er trägt Nickelbrille und Anzug – aber er ist der vielleicht wichtigste transatlantische Strippenzieher des Parteitags.

Über 60 internationale Botschafter, davon viele Europäer, tummeln sich in Milwaukee. Alle suchten im Vorfeld den Kontakt zu Knower, einem gebürtigen US-Amerikaner, der in Freiburg studierte und fließend Deutsch spricht. „Es gab viele Deutsche, die mich gefragt haben: Wie kriege ich Kontakt zu Trumps Truppe?“, sagt er dem Handelsblatt. Knower lässt seine Beziehungen gerne spielen. „Abends an der Bar wird Business gemacht. Da lernt man sich kennen, man ist lockerer und nicht so formell. Und die Beziehungen zwischen Deutschland und USA, egal wer gewinnt, sind unheimlich wichtig.“

### Fleißarbeit für Deutsche

Gerade für Bundeskanzler Olaf Scholz dürfte ein Regierungswechsel schwierig werden. Scheitern die Demokraten, verliert er mit Biden einen seiner engsten Verbündeten auf der internationalen Bühne. Beim Nato-Gipfel verteidigte er Biden demonstrativ gegen Kritik, dieser sei zu alt, um sein Amt noch ausüben zu können. Doch auch Politiker seiner Partei gehen auf Tuchfühlung mit den Republikanern.

In der ganzen Stadt sind die Hotels ausgebucht, in der Unterkunft des SPD-Abgeordneten Hakverdi nächtigt die republikanische Delegation aus dem US-Bundesstaat Maryland. Mit denen hat er sich bereits beim Frühstück ausgetauscht. „Es ist Fleißarbeit, ich versuche, so viele Leute wie möglich zu treffen“, sagt Hakverdi dem Handelsblatt. „Die Gespräche sind nicht immer einfach, man trifft hier auch Politiker mit harter isolationisti-



Abends an der Bar wird Business gemacht.

David Knower  
Unternehmensberater

scher, anti-globaler und in Teilen auch demokratiefeindlicher Haltung.“ Aber man treffe eben auch Republikaner der alten Schule, die mit Sorge auf die Entwicklung in ihrer Partei schauten, so der SPD-Politiker.

Die Stimmung bei der Convention nimmt Hakverdi als ausgelassen, sie-gessicher wahr. Bei der Veranstaltung der Heritage Foundation, bei der man auch Spahn antraf, rief der rechtspopulistische Moderator Tucker Carlson mehrfach „Wir haben gewonnen“, der Saal jubelte. Und in der Parteitagshalle bekam man „Fight! Fight!“-Sprechchöre zu hören, zu Deutsch „Kampf! Kampf!“. Das Rennen zwischen Trump und Biden ist aus Sicht von Hakverdi „noch lange nicht entschieden, aber wir wollen für den Fall der Fälle nicht ohne Kontakte dastehen“.

Aus Sicht von Spahn, dessen Partei den Republikanern ideologisch nähersteht als Sozialdemokraten, tut die Bundesregierung aber längst nicht genug, um sich mit Trumpisten zu vernetzen. Er nennt die Kontaktpflege aus dem Kanzleramt „verschämt und

wenig engagiert“. Scholz habe Trump nach dem Attentat offenbar nicht angerufen, „das ist einfach unklug“, weil man Trumps Sympathien am ehesten über persönliche Beziehungen gewinne. Der kanadische Premier Justin Trudeau habe hingegen zum Telefonhörer gegriffen.

Doch kann man jemandem trauen, der Deutschland bei jeder Gelegenheit attackiert und kritisiert? Schließlich entzweite Trump die USA und Deutschland wie kein Präsident vor ihm. Unter Trump hatten die USA den Konsens zur multilateralen Verständigung aufgekündigt, so drohte Trump damit, die Nato verlassen zu wollen – und könnte damit in einer zweiten Amtszeit Ernst machen.

In der TV-Debatte gegen Biden versprach Trump, er werde nach einem Wahlsieg den Krieg in der Ukraine beenden, noch bevor er für sein Amt vereidigt worden sei. Wie er sich das vorstellt, weiß aber niemand genau. Ob sich Trump über die Köpfe der Europäer hinweg mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin arrangiert oder ob er die Ukraine fallen lässt oder sogar einen neuen Handelskrieg mit der EU anzettelt – all das ist offen.

Nur eines ist klar: Kippen die USA erneut in Richtung Nationalismus, wäre das ein Albtraum für das transatlantische Verhältnis und den gesamten Westen.

Trump's früherer Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, gab in Milwaukee einen Vorgeschmack darauf, was die Nato erwarte: „Tough love“, harte Liebe, inklusive Truppenverlegungen nach Polen. Er kritisierte





Deutschland scharf dafür, dass die Bundesregierung trotz Erfüllung des Nato-Zweiprozentziels nicht genug für Rüstung und Abwehr ausbe.

Manche Länder würden „Klimaschutz wichtiger finden als Industrialisierung“, obwohl der Krieg vor der Haustür tobt. „Die Folgen müssen sie selbst tragen“, so Grenell. In einer nächsten Trump-Regierung wird er als Außenminister oder Nationaler Sicherheitsberater gehandelt, was Deutschland direkt betreffen würde.

#### „Druck auf Europa positiv“

Der Sicherheitsberater und Trump-Vertraute Elbridge Colby, der dem Handelsblatt kürzlich ein Interview gab, netzwerke in Milwaukee ebenfalls mit vielen Deutschen. Bei einem Empfang der Europäischen Union und dem International Republican Institute, bei dem schon mittags die Cocktails flossen, legte er nahe, dass sich die Europäer nicht so anstellen sollten. „Ich sehe den wachsenden Druck auf Europa positiv. Denn das Prinzip, dass die EU sich als Schäfchen sieht und die USA als Schafhirte, der die Herde zusammenhält, ist überholt.“ Trump und sein frisch nominierter Vizepräsidentschaftskandidat J. D. Vance seien sehr klar in ihren Aussagen: „Die Nato kann nur bestehen, wenn alle ihren fairen Beitrag leisten.“

Offiziell ist es für Regierungsvertreter wie zum Beispiel Minister schwierig, Wege zum Trump-Lager auszuloten – schließlich sind im Moment die Demokraten an der Macht. Für einen SPD-Abgeordneten wie Hakverdi ist das anders. Er beobachtet, dass die Kontaktpflege inzwischen deutlich mehr Aufwand bedeutet.

„Vor 20 Jahren reichte es, wenn man drei Mal im Jahr nach Washington reiste, um ein Gespür für die US-Politik zu bekommen“, sagt er. „Heute

muss man viel öfter hinfahren und auch die Bundesstaaten besuchen, weil die USA zersplittert sind.“ Nach der Convention reist Hakverdi weiter in den US-Bundesstaat Georgia. Auch beim Parteitag der Demokraten im August wird er dabei sein.

Der Transatlantik-Beauftragte Michael Link tourt seit Monaten durch die USA, klappert einen Staat nach dem anderen ab. Sein Ziel ist der Aufbau eines „transatlantischen Sicherheitsnetzes“, ein starkes Beziehungsgeflecht im US-Kongress und in den Bundesstaaten, das im Falle einer Rückkehr Trumps mobilisiert werden kann. Parallel werden in Berlin in mehreren Ministerien Szenarien durchgespielt, die möglich wären, wenn Trump an die Macht kommt, etwa die Aufkündigung von Vereinbarungen.

„Anders als 2016 sind die Überlegungen für eine zweite Trump-Regierung viel deutlicher“, sagt Cathryn Clüver Ashbrook, USA-Expertein bei der Bertelsmann-Stiftung, dem Handelsblatt. Auch Unternehmen und Wirtschaftsverbände bereiten sich mit Szenarienplanungen vor, so die Politologin.

Diese Anstrengungen sind in Milwaukee an jeder Stelle zu spüren, aber der Opposition reicht das noch lange nicht. „Deutschland sollte, allein oder gemeinsam mit der EU, die Initiative ergreifen und konkrete Angebote an die mögliche nächste US-Regierung machen“, kritisiert Spahn, in der Chinapolitik, im Handel, im Gazakrieg, Iran oder dem Balkan, „es gibt so viele gemeinsame Interessen.“ Spahn hat ein gutes Verhältnis zum größten Deutschlandkritiker, Richard Grenell. Mit einem Lächeln sagt Spahn in Milwaukee: „Übrigens fragen mich viele Leute nach seinen Kontaktdaten.“ Es seien nicht selten dieselben Leute, die sich noch vor einigen Jahren über Spahns Verbindungen zu Grenell echauffiert hatten.

## Finanzen

# Der Ampel droht der nächste Haushaltsstreit

Noch fehlen acht Milliarden Euro im Etat. Die Regierung hat sich drei Optionen zurechtgelegt, um die Lücke zu schließen.

Jan Hildebrand Berlin

Nach wochenlangem Streit hat das Kabinett den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr beschlossen. Als „außerordentlich intensiv“ beschrieb Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) die Arbeit am Etat, den er am Mittwoch öffentlich präsentierte. „Wir haben keine Mühe gescheut, auch an die Grenzen der Kompromissfähigkeit innerhalb des Kabinetts heranzugehen.“

Mit dem Beschluss des Entwurfs ist der Haushaltsstreit in der Koalition allerdings nicht beendet. „Erhebliche Anstrengungen liegen vor uns“, sagte Lindner. Das bezog er auf die Regierung und auf die Haushälter im Bundestag, die den Etat im Herbst finalisieren müssen.

Kanzler Olaf Scholz (SPD), Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Lindner hatten zwar in ihren langen Haushaltsverhandlungen einen Kompromiss erzielt, es aber nicht geschafft, die Finanzlücke von ursprünglich rund 30 Milliarden Euro zu schließen. Rund 17 Milliarden Euro sind nach wie vor offen. Zumindest acht Milliarden Euro will die Regierung noch auftreiben, bevor sie den Haushalt Mitte August an den Bundestag schickt.

Scholz, Habeck und Lindner haben auch bereits drei mögliche Maßnahmen ins Auge gefasst, um die Summe zusammenzubekommen. So könnte eine Liquiditätsreserve der staatlichen KfW-Bank, die sie einst vom Bund zur Zahlung der Gaspreisbremse bekam, zurück in den Haushalt fließen. Zudem ist im Gespräch, Zuschüsse aus dem Haushalt an die Bahn und die Autobahn GmbH durch Darlehen zu ersetzen. Diese würden nicht auf die Schuldenbremse angerechnet und somit Spielraum verschaffen.

Allerdings machte Lindner nun deutlich, dass die Umsetzung der drei Maßnahmen noch keineswegs sicher

ist. Es handle sich um „ergebnisoffene Prüfaufträge“, betonte der Finanzminister. Damit klingt Lindner zurückhaltender als andere Regierungsglieder, die fest davon ausgehen, dass die acht Milliarden Euro mit diesen Maßnahmen auf jeden Fall zusammenkommen.

Die drei Optionen sollen ursprünglich im Kanzleramt erdacht worden sein. Die Umsetzung liegt nun beim Finanzministerium. Lindners Ressort hat bei einem Juristen ein externes Gutachten in Auftrag gegeben, ob die Maßnahmen verfassungsrechtlich innerhalb der Schuldenbremse möglich sind. Es gehe um die Frage, ob man die Optionen überhaupt weiterverfolgen könne, so Lindner. Danach soll es noch eine Prüfung durch den unabhängigen wissenschaftlichen Beirat des Ministeriums geben.

#### Aussetzen der Schuldenbremse für die FDP tabu

Doch was passiert, wenn sich die Maßnahmen nicht umsetzen lassen? Dann „gäbe es noch weiteren Handlungsbedarf“, sagte Lindner. Scholz, Habeck und er müssten sich wohl wieder zusammensetzen und eine Lösung suchen. Theoretisch könnte man die Arbeit auch den Haushältern im Bundestag überlassen, die im Herbst ohnehin Änderungen am Etat vornehmen. Doch eine Lücke von 17 Milliarden Euro hält man im Finanzministerium für deutlich zu groß, um den Haushaltsentwurf in den Bundestag geben zu können. Ohnehin dürfte die Arbeit im Parlament konfliktträchtiger werden als üblich. SPD und Grüne haben die Idee noch nicht aufgegeben, erneut eine Notlage auszurufen und die Schuldenbremse auszusetzen. Die FDP ist strikt dagegen. Dies sei nicht nur „ökonomisch unklug“, sagte Lindner. „Es ist unrealistisch, weil ich nicht sehe, dass es dafür eine parlamentarische Mehrheit gibt.“

Die drei Ampelpartner wollen den Haushalt im Bundestag noch ändern, aber sehr unterschiedlich. Der Entwurf sieht Ausgaben von 480,6 Milliarden Euro und eine Neuverschuldung von 43,8 Milliarden Euro vor. Auch Lindner betont, dass es „kein Sparhaushalt“ sei. Trotzdem gibt es auch aus der Ampel Kritik. So stören sich die Grünen daran, dass die Mittel für die Entwicklungshilfe und das Auswärtige Amt gekürzt wurden. „Es ist ungerecht und unverständlich, dass bei der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit angesichts der vielen globalen Krisen gekürzt wird“, sagte der haushaltspolitische Sprecher der Grünen, Sven-Christian Kindler. Man werde den Etat „an vielen Stellen noch verbessern“, betonte Kindler.

Die Grünen wollen also eher wieder Mittel aufstocken. Die Liberalen werden hingegen jeden Versuch abwehren, doch noch die Schuldenbremse auszusetzen. Vor der Ampel baut sich also viel Konfliktpotenzial auf.

Finanzminister Lindner: „Ergebnisoffene Prüfaufträge.“



Michael Kappeler/dpa

**Notaufnahme in Bayern:** 30 Prozent der Menschen, die in der Notaufnahme landen, müssen nicht dringend behandelt werden, sagt Minister Lauterbach.



Gesundheit

# Kabinett beschließt Notfallreform

Die Notaufnahmen der Kliniken sind überfüllt, Patienten müssen oft warten: Minister Lauterbach will das mit einem neuen Gesetz ändern. Was sich für Patienten jetzt ändert.

Britta Rybicki Berlin

**N**otaufnahmen der Krankenhäuser sind überfüllt, Patienten warten lange auf ihre Behandlung – das will Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) mit einem Gesetz zur Reform der Notfallversorgung ändern. Das Kabinett hat die Notfallreform an diesem Mittwoch beschlossen. Nun wird sie im Parlament diskutiert.

Gesundheitspolitiker begrüßen die Reform. Allerdings ist bei der Umsetzung noch einiges offen. „Die Notfallversorgung ist bundesweit sehr unterschiedlich. Beispielsweise bei einem Schlaganfall hängt es davon ab, wo jemand lebt“, sagt Lauterbach. Es fehle eine bessere Koordination im System, um Hilfesuchende an die richtige Stelle zu leiten.

Genau hier soll die Notfallreform ansetzen, die voraussichtlich im kommenden Jahr in Kraft tritt. An einem zentralen Tresen im Krankenhaus sollen Mitarbeiter entscheiden, ob ein Patient tatsächlich in die Notaufnahme muss oder in die Notfallpraxis oder ob er auf einen Termin warten kann. Laut Minister Lauterbach müssten 30 Prozent der Menschen, die in der Notaufnahme landen, gar nicht dringend behandelt werden.

Janosch Dahmen (Grüne), Gesundheitspolitiker und Notfallmediziner, hält die Reform für überfällig. „Seit vielen Jahren ist es trotz der eindringlichen Empfehlungen vieler Expertinnen und Experten versäumt worden, unsere Notfallreform effizient, einheitlich und gut aufeinander abgestimmt aufzustellen“, sagt er. Die Folgen: überlastete Notaufnahmen und Rettungsdienste sowie hohe Kosten. „Wir

haben eine toxische Gleichzeitigkeit von Über-, Unter- und Fehlversorgung hingenommen“, sagt Dahmen. Laut dem Verband der Ersatzkassen stiegen die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung im Rettungsdienst von 4,4 Milliarden Euro (2013) auf 8,4 Milliarden Euro (2023).

Stephan Pilsinger (CSU), Gesundheitspolitiker und Arzt, sieht den größten Hebel ebenfalls darin, Patienten an die richtigen Stellen zu bringen. Die meisten Leute hätten im Kopf, bei einem Notfall gleich ins Krankenhaus fahren zu müssen. Pilsinger sagt: „Insofern ist der Aufbau von sogenannten Integrierten Notfallzentren sinnvoll und notwendig, von wo aus die Patienten oder deren Angehörige am Telefon an die richtige und aufnahmebereite Versorgungsstelle gelotet werden, ob Rettungsstelle am Krankenhaus, Rettungswagen oder KV-Notfallpraxis.“

Was hinter der Reform steckt und was sich ab dem neuen Jahr für Notfallpatienten ändern wird, falls das Gesetz verabschiedet wird:

## Wo sollten Patienten künftig anrufen, und was erwartet sie?

Die Notrufnummer 112 wird mit der Nummer des kassenärztlichen Notdienstes 116 117 vernetzt. Sie werden auch Akuteitstellen genannt. Patienten, die die 116 117 anrufen, bevor sie ins Krankenhaus gehen, werden bevorzugt behandelt. Sie sollen in der Notaufnahme schneller drankommen. Unabhängig von der gewählten Nummer wird einheitlich entschieden, wo die Hilfesuchenden am besten aufgehoben sind.

Die 112 wird weiterhin in echten Notfällen schnell reagieren und einen Rettungswagen schicken. Die 116 117



**Gesundheitsminister Lauterbach:** Notärzte fordern schon lange eine Reform.

ist eher für weniger dringende Anliegen gedacht. Es soll möglich sein, dass alle Daten eines Patienten schnell und fehlerfrei von der 112 zur 116 117 übertragen werden können.

Über die 116 117 erhalten Patienten auch eine telemedizinische Ersteinschätzung, können also per Videochat mit einem Arzt in Kontakt treten – täglich rund um die Uhr. Darunter sind auch Fach- und Jugendmediziner. Die Kassenärzte sollen diesen Plan umsetzen – und sind wenig zuversichtlich, dass ihnen das gelingt. Das Problem: der Fachkräftemangel.

Die Bundesvorsitzenden des Hausärztesverbands, Nicola Buhlinger-Göpfarth und Markus Beier, teilen dazu mit: „Mit welchen Ärztinnen und Ärzten und welchen nicht ärztlichen Fachkräften das gestemmt werden soll, bleibt ein Geheimnis.“ Die Hausarztpraxen könnten keine Fachkräfte entbehren. Schon heute fehlten in Deutschland knapp 5000 Hausärzte und etwa 11.000 Medizinische Fachangestellte. Der Verband hofft hier auf Anpassungen im parlamentarischen Verfahren.

## Was erwartet Patienten im Krankenhaus?

An einer Art zentralem Tresen wird entschieden, wohin ein Patient in einem integrierten Notfallzentrum weitergeleitet wird. Diese Zentren liegen direkt im Krankenhaus oder in der Nähe und vereinen die Notaufnahme eines Krankenhauses, einen Notdienst und eine zentrale Ersteinschätzungsstelle. In sie sind Notarztpraxen integriert, die allerdings gesetzlich geregelte Öffnungszeiten einhalten müssen, vor allem am Abend und am Wochenende. Sind diese Einrichtungen geschlossen, kommen kooperierende Arztpraxen ins Spiel, die ebenfalls in der Nähe liegen sollen.

Sind beide Einrichtungen geschlossen, kommt die Notaufnahme eines Krankenhauses zum Einsatz. Es soll auch integrierte Notfallzentren speziell für Kinder und Jugendliche geben.

## Was passiert im Rettungswagen?

Mit der Reform sollen die Rettungsdienste perspektivisch an die Telematikinfrastruktur (TI) angeschlossen werden. Dabei handelt es sich um eine Art Internet speziell für das Gesundheitswesen, über das auch das elektronische Rezept und die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung versendet werden. So könnte der Rettungsdienst Daten über einen Patienten direkt vom Krankenhaus oder anderen Einrichtungen erhalten oder weiterleiten.

Auch die Rettung durch Laien soll laut Lauterbach stärker unterstützt werden. Genaue Details zu Erneuerung des Rettungsdienstes werden allerdings noch im Parlament diskutiert.









Jean-Luc Mélenchon, Olivier Faure, Marine Tondelier

# Frankreichs mühsame Suche nach einem Premierminister

Der Linke Mélenchon, Sozialistenchef Faure, die Chefin der Grünen, Marine Tondelier – sie alle spekulieren auf das Top-Amt in der neuen Regierung. Und es könnten noch mehr Kandidaten werden.

Tanja Kuchenbecker Paris

Es war ein unerwarteter Triumph für Frankreichs Linksbündnis Neue Volksfront (NFP): Nach den Parlamentswahlen ist sie jetzt die stärkste politische Kraft im Land. Doch die Euphorie weicht mittlerweile der Ernüchterung. Denn der Bund aus Linken (LFI, La France insoumise), Sozialisten, Grünen und Kommunisten kann sich nicht auf einen Kandidaten für das Amt des Premierministers einigen.

Der Profiteur der undurchsichtigen Gemengelage sitzt im Élysée-Palast: Präsident Emmanuel Macron ist auf der Suche nach einem Allianzpartner, der auch aus dem rechten Lager kommen kann. Über eine Woche nach der Parlamentswahl herrscht Chaos in Frankreich, das nicht an komplizierte Koalitionsverhandlungen gewöhnt ist.

Macron erklärte nun in einem offenen Brief an die Franzosen, er wolle sich bei der Suche nach einer regierungsfähigen Mehrheit im Parlament Zeit lassen. Niemand habe die Wahlen wirklich gewonnen, erklärte der Präsident und rief erneut zu einer „großen republikanischen Allianz“ um die politische Mitte auf. Damit machte er klar, dass für ihn ein Premierminister aus den Reihen der Neuen Volksfront ausgeschlossen ist. Mit dieser Haltung kann er sich auch auf eine Umfrage des Meinungsinstituts Odoxa stützen, nach der mehr als sieben von zehn Franzosen keinen Premier wollen, der aus dem linken Lager kommt.

Bei den von Macron ausgerufenen Neuwahlen zur Nationalversammlung am 7. Juli erreichte keine der drei großen Gruppen – Linke, Macrons Renaissance-Bewegung oder der rechtspopulistischen Rassemblement National (RN) – die absolute Mehrheit. Das erschwert nun enorm die Regierungsbildung. Denn normalerweise ernennt der Präsident den Premier aus der Partei, die die klare Mehrheit hat – was diesmal nicht der Fall ist.

Ein Regierungschef aus dem Lager der Linken gilt als Risiko. Weder Macron noch der rechtsextreme Rassemblement National wünscht jemanden aus der linkspopulistischen LFI auf dem Posten. Sollte es doch einer aus der Partei von Jean-Luc Mélenchon werden, muss er mit einem Misstrauensantrag im Parlament rechnen. Ein Sozialist wäre die pragmatischere Wahl. Doch die Parteien aus dem Linksbündnis wollen kein Stück ihrer Macht abgeben.

Mitte der vergangenen Woche gab es bei den Diskussionen der NFP einen Vorschlag, der von den Sozialisten gleich abgelehnt wurde: Huguette Bello (73), Präsidentin der Region La Réunion, die der LFI nahesteht. Ihren Namen ins Spiel gebracht hatten Kommunisten und LFI. An diesem Montag wurde dann von Sozialisten, Grünen und Kommunisten Laurence Tubiana vorgeschlagen und umgehend von der LFI abgelehnt.

Die 73-jährige Diplomatin und Ökonomin ist eine Klimaspezialistin und spielte eine wichtige Rolle bei der Klimakonferenz COP 21 im Jahr 2015

in Paris. Sie ist seit 2017 Chefin der internationalen Stiftung European Climate Foundation (ECF) und hatte schon zweimal abgelehnt, Umweltministerin unter Macron zu werden. Da sie gleichzeitig als links wie grün gilt, kommentierte Sozialistenchef Olivier Faure: „Sie entspricht genau unserem Programm.“ Er könne daher nicht verstehen, warum eine solche Person von der LFI abgelehnt werde.

Die äußerte die Befürchtung, dass sich Tubiana als Premierministerin mit Macron arrangieren würde. Dafür habe die Linke nicht die Wahl gewonnen. Auch stehe sie Ex-Präsident François Hollande zu nahe. Mitglieder des LFI argwöhnen, dass Hollande im Hintergrund die Strippen zieht und bei der Auswahl mitgemischt habe.

Nach dem Hin und Her wurden die Einigungsdiskussionen von den Allianzpartnern erst einmal abgeblasen. Weitere Vorschläge gab es bisher nicht. Faure hatte sich selbst schon als Kandidat fürs Amt des Premiers ins Gespräch gebracht, genauso wie Jean-Luc Mélenchon.

Die Linke will sich nun auf eine weitere Personalie konzentrieren – die Wahl des Parlamentspräsidenten an diesem Donnerstag. Das Bündnis will eine gemeinsame Person vorschlagen, um wenigstens im Parlament davon zu profitieren, dass sie die erste politische Kraft im Land geworden ist. Auch die weiteren Posten in der Nationalversammlung werden vergeben und stehen zur Debatte.

Macron schaut bei den Wirrungen genau zu. Wenn schon die ersten Ver-

handlungen zwischen den vier Bündnispartnern so chaotisch ablaufen – wie will die Linke dann regieren?

Deren Uneinigkeit lässt dem Präsidenten mehr Zeit, seine eigene Allianz zu bauen. Ein Stratege aus den Reihen der Sozialisten erklärte jüngst in „Le Figaro“: „Das ist die Wette des Präsidenten mit seinem Brief: Die Dynamik geht verloren, man spricht von etwas anderem als dem überraschenden Wahlsieg der Neuen Volksfront.“ Zunächst wartet Macron auf die Wahl des Parlamentspräsidenten am Donnerstag, um zu sehen, welche Partei sich dabei durchsetzt.

Nachdem Sozialistenchef Faure dem Präsidenten eine Absage für dessen Idee einer republikanischen Allianz erteilt hatte („Ich habe die Wahl eines Linksbündnisses getroffen, davon rücke ich nicht ab“), blickt Macrons Mitte-Bündnis für eine mögliche Regierungsbildung nun nach rechts. Ex-Premierminister Edouard Philippe aus dem Mitte-Bündnis rief zu einer „pragmatischen Einigung“ mit den Republikanern (LR) auf. Von denen hoffen nun einige sogar darauf, dass der Premierminister aus ihren Reihen kommen könnte, obwohl die Partei bei den Wahlen nur auf Platz vier kam. Ihr Argument: Das Land habe mehrheitlich rechts gewählt, nicht links.

Der neue Fraktionsvorsitzende Laurent Wauquiez lehnt zwar eine förmliche Regierungskoalition ab, sprach aber von einem „parlamentarischen Pakt“ mit Macron und einem gemeinsamen Ziel: Es gelte, die Neue Volksfront zu verhindern.



Präsident Macron:  
Auf der Suche nach einem Allianzpartner.

## Autoindustrie

## Im Elektroauto steckt noch viel Potenzial

Der Stromantrieb wird sich durchsetzen – weil wichtige Innovationen erst kommen.



Markus Fasse ist Chefkorrespondent in München. Sie erreichen ihn unter: fasse@handelsblatt.com

Das lässt aufhorchen: BMW, Conti und das Münchener Start-up Deep Drive wollen Radnabenantriebe zur Serienreife bringen. Möglich machen soll das ein neu entwickelter Elektromotor, der deutlich kleiner und leistungsstärker ist. Das könnte Elektroautos effizienter, billiger und damit umweltschonender machen, denn der neue Motor soll auch mit weniger Material auskommen. 2026 will Deep Drive produzieren, noch vor 2030 soll das Konzept in die Großserie gehen.

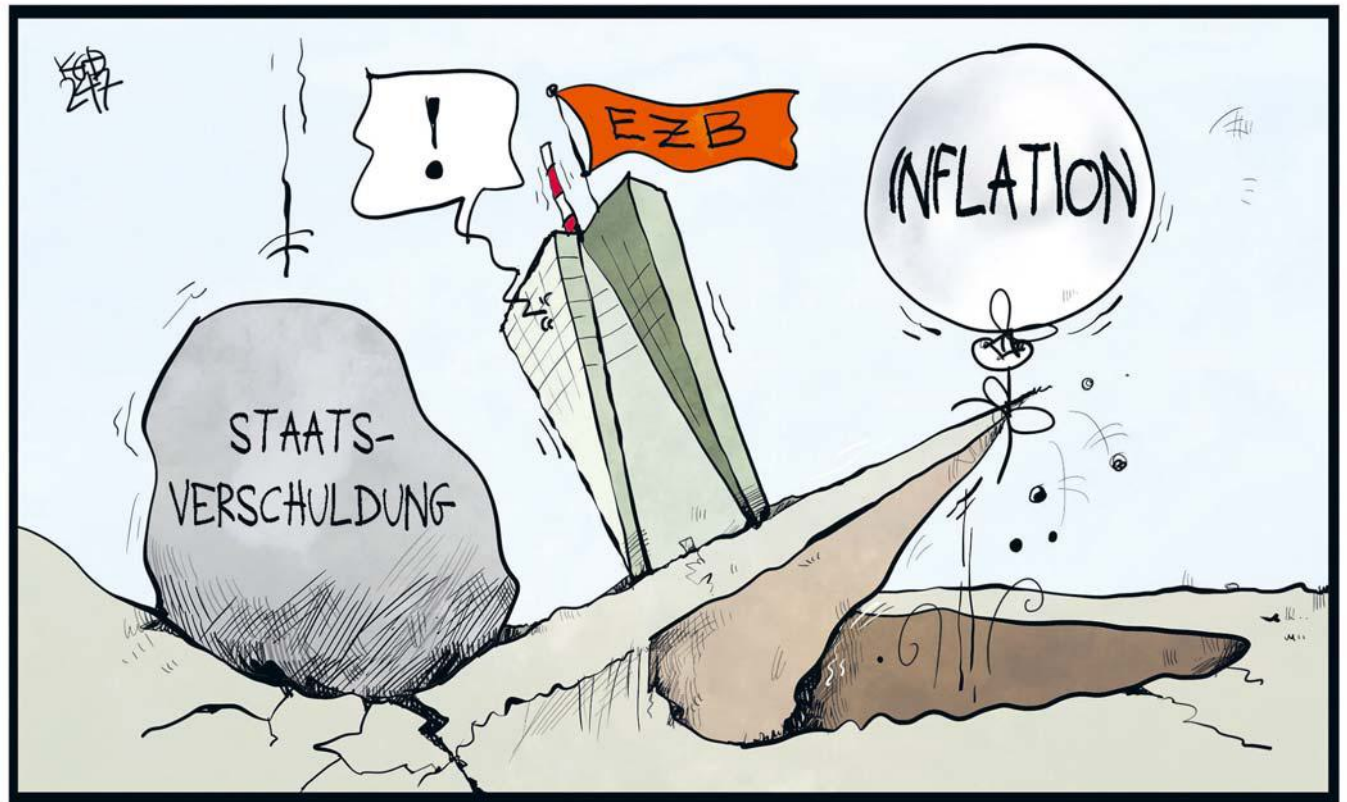
Das Beispiel zeigt, welche Dynamik sich rund um das Elektroauto in Deutschland entwickelt hat. Zwar ist die Batterie als wichtigster Bestandteil des Stromautos weitgehend in chinesischen und koreanischen Händen. Aber rund um die Stromspeicher sind BMW, Mercedes, VW und ihre Zulieferer ganz vorne dabei. Das zeigen alle Vergleiche, zuletzt das umfangreiche Innovationsranking des Center of Automotive Management.

Dieser Blick ist wichtig. So stockt der Verkauf von Elektroautos in Deutschland und Verbrenner feiern auch in den USA wieder eine Renaissance. Aber das wird nicht von langer Dauer sein. Benzin- und Dieselmotoren sind ausentwickelt, es geht jetzt nur noch darum, sie mit immer teureren Filtern abgaskonform zu halten. Bei Elektroantrieben ist hingegen noch viel Potenzial, wie das Beispiel Deep Drive zeigt.

Auch deshalb geht der weit größere Teil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Deutschland in den Stromantrieb. Mit jeder zusätzlichen Innovation im Stromauto rückt das Ende des Verbrennungsmotors näher.

Die großen Konzerne müssen die Innovation gar nicht einmal selber treiben. Sie müssen sie aber erkennen. Deep Drive ist eine Gründung von sieben Ingenieuren, die von der TU München kommen. Sie erhalten jetzt ihre Chance bei BMW und Conti – und das ist gut so.

► Bericht Seite 16



## EZB

## Erst Inflation, nun Schulden

Die Geldpolitik wird in Kürze wieder langweilig. Aber der EZB geht die Arbeit nicht aus.

Die beste Geldpolitik ist die, über die niemand redet. Wenn Notenbanken wie die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Arbeit gut machen, gibt es keine Inflation, keine schlechten Nachrichten, keine Aufregung. In den letzten Jahren hat das nicht funktioniert. Die breite, durch hohe Staatsausgaben angeschobene wirtschaftliche Erholung nach der Covidpandemie plus der Krieg im Osten Europas haben die Preise weltweit hochgetrieben. Die Notenbanken haben relativ spät angefangen, mit höheren Zinsen dagegenzuhalten, und sich dafür Kritik eingehandelt. Allerdings stand die EZB davor auch schon in der Kritik: wegen ihrer niedrigen, zeitweise sogar negativen Zinsen, mit denen sie die Tendenz zu schwacher Konjunktur und niedrigem Preisdruck bekämpfte.

Am Donnerstag wird die EZB nach ihrer Sitzung kaum etwas verändern oder ankündigen, aber der weitere Kurs ist klar: Mit dem Abflauen der Inflation steuern wir auf niedrige Zinsen zu. Aber auch auf eine ruhige Zeit? Das wäre zu hoffen.

Aber selbst wenn es gelingt, dürfte sich ein anderes Problem in den Vordergrund schieben, das die EZB empfindlich berührt, obwohl sie damit offiziell nichts zu tun haben darf: die hohe Staatsverschuldung der Euro-Staaten, die vor dem Hintergrund der zu befürchtenden Abkoppelung der USA von Europa allein wegen der Rüstungsausgaben noch weiter steigen dürfte.

Anders als die US-Notenbank (Fed), die offiziell auch für Vollbeschäftigung sor-



Frank Wiebe ist Chefkomentator im Finanzressort. Sie erreichen ihn unter: wiebe@handelsblatt.com

gen soll, hat die EZB nur ein Mandat: die Stabilität der Preise. EZB-Präsidentin Christine Lagarde wird nicht müde, das zu betonen. Wie bei jeder Notenbank verstecken sich hinter dem Mandat aber eine Menge externer wie auch interner Ansprüche an die Geldpolitik.

Von außen etwa kam vor Ausbruch der Inflation die mitunter fast wie ein Rechtsanspruch anmutende Forderung der Sparer nach Zinsen. Außerdem wollen alle Notenbanken unabhängig vom offiziellen Mandat die Wirtschaft in Schwung halten oder zumindest nicht zu sehr schädigen. Und dann zeigt sich auch außerhalb des Euro-Raums, dass die Notenbanken im Notfall Anleihen kaufen, wenn es zu einer Krise am Kapitalmarkt kommt.

Gerade der Kauf von Staatsanleihen spielt bei der EZB eine besondere Rolle. Sie sind umstritten, gelten zu Recht als eigentlich verbotene Unterstützung einzelner Staaten, was nur auf dem recht gekünstelten Umweg juristisch gerechtfertigt werden kann, durch diese Käufe werde die gleichmäßige Wirkung der Geldpolitik in allen Ländern sicher-

gestellt. In Wahrheit geht es schlicht darum, die Euro-Zone zusammenzuhalten. Das gehört offiziell nicht zum Kernmandat der EZB, aber es ist natürlich absurd zu verlangen, dass eine Notenbank dem Zerfall ihres eigenen Währungsraums tatenlos zuschaut, zumal die allgemeine Unterstützung der Wirtschaftspolitik der Europäischen Union ja auch als sekundäres Mandat der EZB definiert ist.

Wenn die EZB durch gezielte Anleihekäufe die Verschuldung einzelner Länder wie Italien und künftig vielleicht auch Frankreich erleichtert, wird sie damit aber den Euro auf längere Sicht immer mehr unter Druck bringen, wie seit Jahren das Beispiel Japans zeigt, wo die Regierung sich massiv über die Notenbank finanziert und der Yen unaufhaltsam im Wert sinkt. Genau das widerspricht ihrem Kernmandat. Letztlich ist die EZB aber gerade dadurch gefangen, dass sie zu viel Einfluss hat.

Das Fehlen einer gemeinsamen Finanzpolitik im Euro-Raum schafft ein Machtvakuum, dem sich die Notenbank im Krisenfall kaum entziehen könnte, ohne kurzfristig massiven Schaden anzurichten. Und eine gemeinsame Finanzpolitik, das muss man deutlich sagen, war nie eine realistische Option und wird es auch nie sein, weil die Euro-Staaten damit jeweils ihre nationale Souveränität aufgeben würden.

Aus diesem Dilemma gibt es keinen Ausweg. Deswegen wird Geldpolitik hoffentlich langweiliger, aber die Rolle der EZB sicher nicht.





**London:** Hier wurde vor 75 Jahren der Europarat ins Leben gerufen. Daran erinnert der britische Außenminister und spricht von einem „Neustart“.

Anadolu/Getty Images, REUTERS

Handelsblatt  
— Gastkommentar —

# Wir werden Großbritannien wieder mit der Welt vernetzen

Die neue britische Regierung will die Beziehungen zu Europa intensivieren. Das stärkt beide Seiten, etwa im Kampf gegen Putins Faschismus. Von **David Lammy**

**E**in Bild der Zerstörung.“ So beschrieb mein großartiger Vorgänger Ernest Bevin Europa am Ende des Zweiten Weltkriegs. Doch aus der Asche haben er und seine Generation unseren Kontinent nicht nur physisch wiederaufgebaut. Sie haben auch eine Reihe gemeinsamer Werte geschaffen, die Europa über die Zeit enger zusammengeführt haben. Im Mittelpunkt dieser neuen Ära stand der Europarat, der vor fünfundsiebzig Jahren durch den Vertrag von London ins Leben gerufen wurde. In diesem Vertrag wurden Grundrechte verankert, um zu verhindern, dass das Übel des Faschismus auf unserem Kontinent wieder erstarkt.

Heute werden Seine Majestät König Charles und Premierminister Keir Starmer die europäischen Staats- und Regierungschefs im Blenheim Palace zur vierten Tagung der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) empfangen. Wir werden mit Stolz den Originalvertrag von London zeigen, der an die gemeinsamen Werte erinnert, auf denen die europäische Zusammenarbeit bis heute beruht. Es ist das erste EPG-Treffen, an dem die Generalsekretärin des Europarats Burić teilnehmen wird.

Die Staats- und Regierungschefs treffen sich, während der Faschismus wieder einmal sein hässliches Gesicht auf unserem Kontinent zeigt. Die tapferen Menschen in der Ukraine kämpfen gegen eine neue Ausprägung eines bekannten Übels. In ganz Europa sind wir mit hybriden



**Der Autor**

David Lammy ist Außenminister von Großbritannien.

Bedrohungen konfrontiert: von Cyberangriffen bis zu Attentaten auf unseren Straßen. Weltweit gibt es mehr aktive Konflikte als je zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. Die sich verschiebenden tektonischen Platten der Wirtschaftsordnung haben dazu geführt, dass die arbeitende Bevölkerung nicht die wirtschaftlichen Chancen hat, die sie verdient. Die Klimakrise beschleunigt und verschärft jede dieser Herausforderungen und hinterlässt gleichzeitig ihre Spuren in der Natur.

Die neue britische Regierung wird Großbritannien wieder mit der Welt vernetzen. Dies beginnt bei unseren europäischen Freunden und Nachbarn. Wir stehen vor gemeinsamen Herausforderungen und teilen die gleichen demokratischen Werte und das gleiche Engagement für das Völkerrecht. Gemeinsam ist es Zeit für einen Neustart. Die EPG bringt Nationen aus allen Ecken unseres Kontinents zusammen. Jede hat ihre eigenen Erfahrungen und Perspektiven. Einige sind Mitglieder der Europäischen Union, andere, wie Großbritannien, sind es nicht.

Was uns vereint, ist die Überzeugung, dass sich Europa den heutigen Herausforderungen gemeinsam stellen muss, damit alle gedeihen können. Dass wir alle stärker sind, wenn wir zusammenarbeiten, um eine bessere Zukunft zu schaffen. Das ist der Grundgedanke von 1949, als der Vertrag von London unterzeichnet wurde, und das ist der Grundgedanke, mit dem wir heute die Diskussionen in Blenheim führen werden.

Wir müssen der russischen Aggression gemeinsam entgegentreten. Wir müssen engere Beziehungen in Sachen Sicherheits- und Verteidigungspolitik knüpfen, wenn wir Putins neue Form des Faschismus besiegen wollen. Der Vorschlag der neuen britischen Regierung für einen ehrgeizigen und weitreichenden Sicherheitspakt zwischen Großbritannien und der EU würde eine solche Zusammenarbeit untermauern und eine neue geopolitische Partnerschaft begründen.

Gemeinsam müssen wir die Zusammenarbeit verstärken, um Menschenmugglerbanden zu zerschlagen. Dieser abscheuliche Handel darf auf unserem Kontinent nicht gedeihen. Wir müssen unsere Ressourcen bündeln, um effizienter und effektiver zu werden und Leben zu retten. Das neue britische Border Security Command wird dazu beitragen, indem es die operativen Partner im britischen System zusammenbringt, um in ganz Europa und darüber hinaus zu arbeiten. Wir müssen das Problem in seiner Gesamtheit betrachten, gegen gefährliche Kriminelle vorgehen und die Ursachen, die Menschen dazu bringen, sich Menschenmugglern zuzuwenden, von vornherein stärker bekämpfen.

Und gemeinsam müssen wir Wohlstand für die Menschen in ganz Europa schaffen. Wir müssen es für Privatpersonen und Unternehmen so einfach wie möglich machen, zu reisen, Handel zu treiben und zu investieren. Die neue britische Regierung wird sich konsequent auf die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft konzentrieren, um ein nachhaltiges Wachstum zu erreichen, die Chancen der sauberen Energiewende zu nutzen und Innovationen voranzutreiben.

In einer Parlamentsdebatte nach der Gründung des Europarats stellte Bevin fest: „Es gibt keine alleinige Methode, mit der wir die Einheit [Europas] erreichen können.“

Die EPG selbst ist eine jüngere Innovation als der Europarat. Aber die Schaffung neuer Foren zur Ergänzung der bestehenden entspricht ganz dem Realismus von Bevin. Ich vermute, dass er dem verstorbenen großen Historiker Tony Judt zugestimmt hätte: Während „die Diskussion ... über die Aussichten für Europa dazu neigt, ziemlich lose zwischen Pangloss und Cassandra zu schwanken“, lehrt uns die Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts, dass wir uns auf „schrittweise Verbesserungen“ konzentrieren müssen.

Heute können wir sehen, welches Erbe die Verbesserungen, die Bevin und andere auf den Weg gebracht haben, hinterlassen haben. Wir sehen es in dem Frieden und dem Wohlstand, den ein großer Teil Europas seit den 1940er-Jahren genießt, auch wenn er nur teilweise gilt und derzeit bedroht wird. Wir sehen es in den Fortschritten auf dem Weg zu gerechteren und gleichberechtigteren Gesellschaften. Wir sehen es in der Art und Weise, wie der Rest Europas der Ukraine angesichts der russischen Aggression beigestanden hat.

Es gibt kein Patentrezept, keine alleinige Methode, um die Herausforderungen zu bewältigen, vor denen wir stehen. Aber gemeinsam können wir Schritt für Schritt eine bessere Zukunft aufbauen. Mit diesem EPG-Treffen wird eine neue Ära der britischen Zusammenarbeit mit unseren europäischen Mitbürgern eingeläutet. Wir freuen uns darauf, Sie alle willkommen zu heißen.



**GLOBAL CHALLENGES**

In der Reihe Global Challenges schreiben Expertinnen und Experten aus aller Welt über aktuelle politische und wirtschaftliche Fragen. Sie erscheint jeden Donnerstag im Handelsblatt und im „Tagesspiegel“.



Markus Fasse München

**D**as Prinzip ist einfach. Radnabenmotoren treiben Straßenbahnen seit über 100 Jahren an, seit einigen Jahren auch Lastenräder – nur im Auto werden sie nicht eingesetzt. Dabei könnte die Technologie viele der derzeitigen Probleme der Branche lösen – und gleichzeitig viel Raum für Innovationen bieten.

BMW hat nun einen Vorstoß gemacht, der langfristig den Durchbruch bringen könnte. Eine vom Münchener Start-up Deep Drive entwickelte Radnabentechnik bietet „leistungsstarke Antriebe mit hoher Effizienz und Reichweite“, erklärte BMW am Mittwoch. Seit drei Jahren arbeitet der Autobauer gemeinsam mit seinem Partner an der Umsetzung – nun offenbar mit Erfolg. „Deep Drive hat eine spannende Vision für den Elektroantrieb der Zukunft entwickelt“, sagte Karol Virsik, Chef der BMW-Forschungsabteilung für neue Fahrzeuge. Der Autobauer will jetzt „nach vielversprechenden Prüfstandergebnissen“ die ersten Praxistests auf der Straße durchführen.

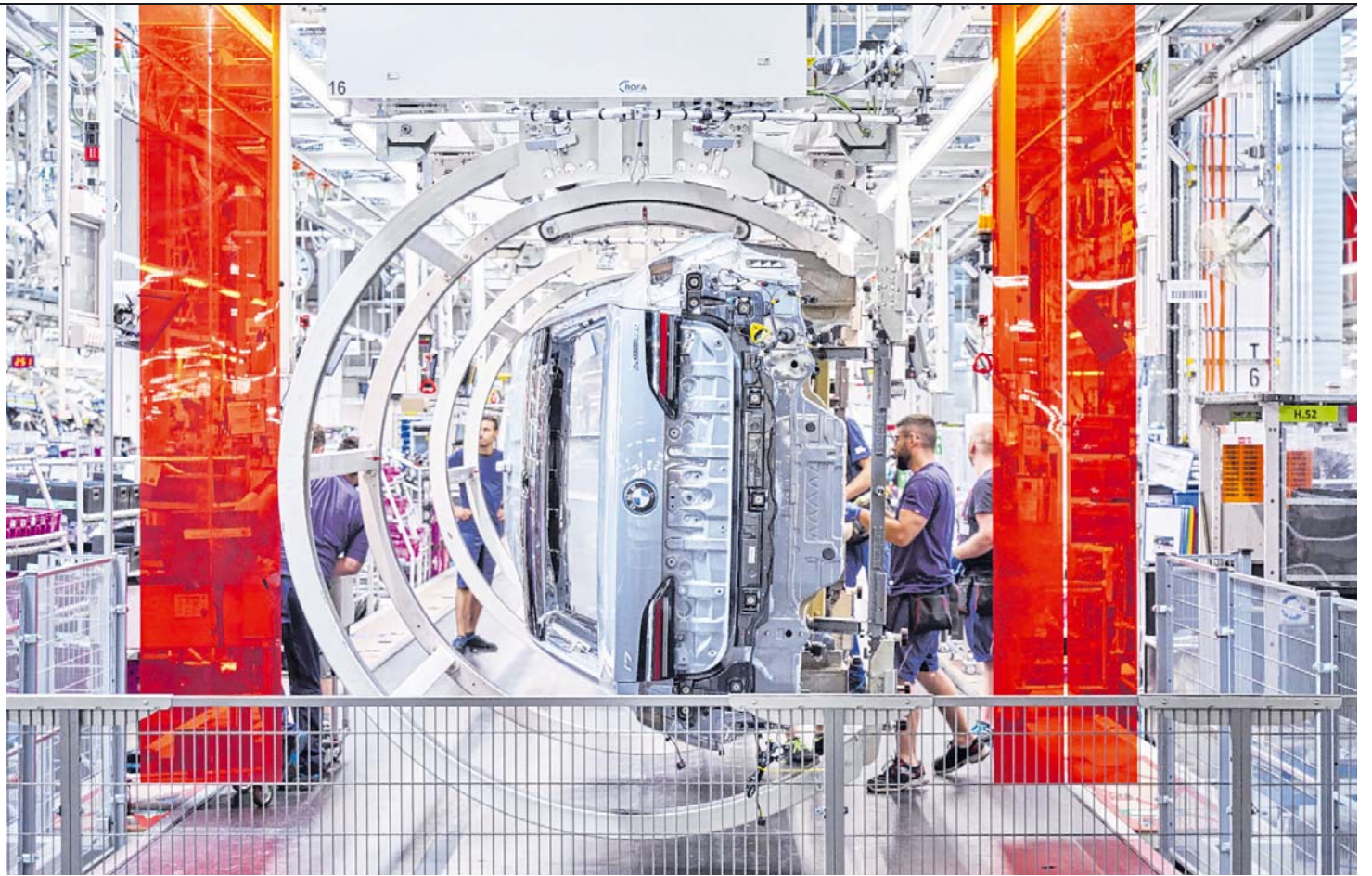
Tatsächlich bietet das Konzept radikal neue Möglichkeiten für die Auto-konstruktion. Radnabenantriebe entwickeln ihre Kraft direkt im Rad und machen Antriebswellen und Getriebe überflüssig. Das minimiert nicht nur die Energieverluste. Das Auto wird insgesamt leichter, und es bleibt deutlich mehr Raum beispielsweise für Batteriezellen. Da sich jedes Rad elektronisch exakt ansteuern lässt, sind ungewöhnliche Fahreigenschaften möglich – theoretisch könnte sich das Auto im Stand um die eigene Achse drehen.

Überwogen haben bislang die Nachteile der Technologie. Motoren im Rad sind direkt Erschütterungen, Schmutz und Nässe ausgesetzt. Zudem gibt es erhebliche Herausforderungen bei Bauraum und Gewicht. Denn der Elektromotor muss mit der Bremse in das Rad passen. Das Rad wird dadurch schwerer und erhöht damit die „ungefederte Masse“ im Auto – das macht die Fahrt tendenziell rumpelig.

Doch genau dieses Problem will Deep Drive durch eine neuartige Doppelrotor-Radialflussmaschine gelöst haben. Die mehrfach patentierte Maschine ist deutlich kleiner, leichter und soll effizienter als alle bisherigen Elektromotoren sein. Für die Produktion sollen etwa bis zu 80 Prozent weniger Eisen und 50 Prozent weniger Magnetmaterial wie Nickel, Kobalt oder Neodym benötigt werden. Im Betrieb soll die Maschine bis zu zwanzig Prozent effizienter als heutige Motoren arbeiten – ein Wert, den die BMW-Ingenieure mittlerweile für realistisch halten.

BMW will die Fahreigenschaften verschiedener Varianten der neuen Motoren jetzt in mehreren Modellen auf der Straße testen. Dabei kann die Maschine wie gehabt zentral in das Auto eingesetzt werden – oder wegen ihrer kompakten Bauweise ganz in das Rad wandern.

Dem Einsatz von Radnabenmotoren in Fahrzeugen haben sich einige Hersteller verschrieben. Der fränkische Zulieferkonzern Schaeffler arbeitet seit einigen Jahren in dem Feld und beginnt jetzt mit Antrieben für Kehrmaschinen, Kleintransporter und Schneepflüge. In der Autobranche gilt Hyundai als besonders ambitioniert: Die Koreaner ha-



Produktion bei BMW: Der Konzern hat keinen Termin für den Ausstieg aus der Verbrennertechnologie gesetzt.

## E-Mobilität

# BMW will den Antrieb revolutionieren

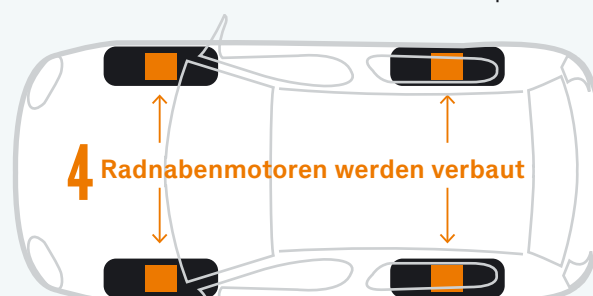
Radnabenmotoren versprechen bis zu 20 Prozent mehr Effizienz. BMW testet nun zusammen mit dem Start-up Deep Drive den Serieneinsatz.



Entwicklung bei Deep Drive: Der Radnabenmotor braucht weniger Rohstoffe.

### Radnabenmotor für die Serie

BMW will als bislang erster deutscher Autohersteller Radnabenmotoren für den Straßeneinsatz erproben



Der Motor sitzt im Rad, nicht mehr über der Achse. Jedes Rad hat somit einen eigenen Antrieb.

- 20 % mehr Effizienz
- Bessere Fahreigenschaften
- Weniger Gewicht

HANDELSBLATT

ben Ende 2023 ein eigenes Konzept für einen Radnabenantrieb vorgestellt, aber noch keinen Serieneinsatz angekündigt.

Deep Drive hat seine Keimzelle im Motorsport. Die Gründer kennen sich aus einem Rennsportteam der TU München, verstreuten sich dann aber über die Entwicklungsabteilungen von Bosch, Audi und Infineon. Die Idee, einen völlig neuen Elektromotor zu entwickeln, mündete in der gemeinsamen Firmengründung. Auf der IAA 2021 präsentierten sie ihr Konzept und zogen die Aufmerksamkeit der Szene auf

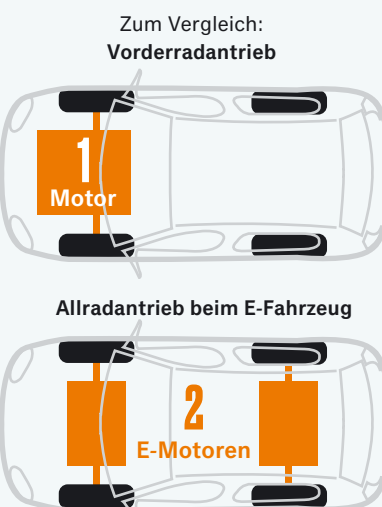
sich. Die BMW-eigene „Startup-Garage“ nahm Team und Motor unter die Fittiche und war von dem Potenzial überrascht. „Die Musterteile von Deep Drive haben die angekündigten Eigenschaften meistens übertroffen“, sagt BMW-Entwickler Virsik rückblickend. Das sei ungewöhnlich gewesen für eine Technik in einem so frühen Stadium.

Eine erste Finanzierungsrunde 2022 spielte 4,3 Millionen Euro ein, 2023 folgte eine Series A-Investmentrunde über 15 Millionen Euro, an der sich BMW und Continental über Risikokapitaltöchter beteiligten. Eine dritte Runde dürfte bald folgen. Denn Deep Drive will den Motor 2026 in einer Kleinserie produzieren, das wären dann schon mehrere Tausend Stück pro Jahr.

Dabei soll es aber nicht bleiben. „Ich halte es für realistisch, dass wir vor 2030 in die Großserie gehen“, sagt Mitgründer Felix Pörnbacher dem Handelsblatt. Das wären mehrere Hunderttausend Stück pro Jahr.

BMW ist nicht der einzige Kunde von Deep Drive. Das Start-up arbeitet nach eigenen Angaben mit mehr als einem halben Dutzend Autoherstellern zusammen, die den Antrieb schon auf Teststrecken ausprobieren.

BMW ist mit Conti nun der erste Kunde, der die Technik als realistisch für einen künftigen Serieneinsatz einstuft. Anfang Juli tauchten im Internet Bilder eines stark getarnten Sportcou-



Quellen: Unternehmen, eigene Recherche





**Philipp Alvares de Souza Soares** San Mateo, San Francisco

**W**enn der KI-Assistent auf dem Smartphone zum ersten Mal ungefragt den Wecker läutet, da er einen Stau erkannt und mit einem Morgentermin in Verbindung gebracht hat, werden wohl viele Nutzer denken: Was zum Teufel geht hier vor?

Nach Überzeugung der Tech-Industrie werden jedoch die meisten dankbar sein, dass ihr Smartphone endlich denken kann. Statt sich durch Apps zu wühlen, spricht man mit einem KI-Assistenten, einem „Freund“, der einem Aufgaben abnimmt.

So jedenfalls beschreibt es Jerry Yue, der genau ein solches Smartphone der Zukunft baut. Dazu hat sich der Chef und Gründer des Start-ups Brain Technologies mit der Deutschen Telekom zusammengetan. Ein Prototyp, den er im Februar gemeinsam mit Telekom-Vorständin Claudia Nemat auf dem Mobile World Congress präsentierte, machte deutlich, wie reduziert und deshalb verlockend sein Konzept ist.

Bis zum Frühjahr kommenden Jahres will Brain im Verbund mit mehreren Partnern aus der Telekommunikationsindustrie ein erstes Produkt auf den Markt bringen, sagte Yue dem Handelsblatt. Die Details: noch geheim. „Wir haben erst etwa fünf Prozent von dem gezeigt, was wir vorhaben“, sagt Yue. Die Telekom und Qualcomm, sein Chip-Lieferant, äußern sich nicht konkret dazu.

Yue ist jedenfalls überzeugt davon dass „uns ein ein Paradigmenwechsel bevorsteht“. Denn die Smartphone-Branche wird von einer geradezu radikalen Innovationswelle erfasst. Generative künstlicher Intelligenz (KI) befähigt die Geräte dazu, natürlicher als bislang mit ihren Nutzern zu kommunizieren und deren Daten sinnvoller zu verknüpfen.

#### Analysten erwarten Superzyklus

Francisco Jeronimo, Vice-President und Smartphone-Experte beim Marktforscher IDC, teilt diese Ansicht. Schon heute wüssten die Geräte, wo wir sind, was wir mögen, was wir gern essen oder wie unsere Familienmitglieder aussehen. „Nun kann das Telefon all diese Informationen kombinieren. Wir werden eine komplett andere Nutzungserfahrung sehen.“ Jeronimo geht davon aus, dass die neuen KI-Funktionen schon bald so verführerisch sein werden, dass hunderte Millionen Nutzer sich ein neues Gerät wünschen.

Ein neues, von KI getriebenes Smartphone-Ökosystem könnte tatsächlich bisherige Geschäftsmodelle obsolet machen und neue Monopole schaffen. Personalisierte KI-Assistenten würden Flüge buchen, Essen bestellen oder Aktien ordern. Die jeweiligen Anbieter wie Booking.com werden in diesem Szenario zu bloßen Zulieferern degradiert. Der Assistent filtert, was zum Nutzer durchdringt.

Bei der Bedienung sei eine Kombination aus gesprochenen und getippten Kommandos am wahrscheinlichsten, sagt Roman Friedrich, Partner und Telekomexperte bei der Boston Consulting Group. Die Magie entstehe dabei durch den Eindruck, einen „persönlichen Gelehrten“ im Ohr oder in der Tasche zu tragen.

Nach Jahren der Stagnation erwarten Analysten wie Dan



IMAGO/Zoomar, imago/CHROMORANGE

#### Künstliche Intelligenz

# Apple, Google und Samsung setzen auf den „Superzyklus“ für Smartphones

Neueste KI-Technologie soll das Smartphone von Grund auf verändern und Apps überflüssig machen. Tech- und Telekomkonzerne bereiten sich auf zusätzliche Milliardenumsätze vor.

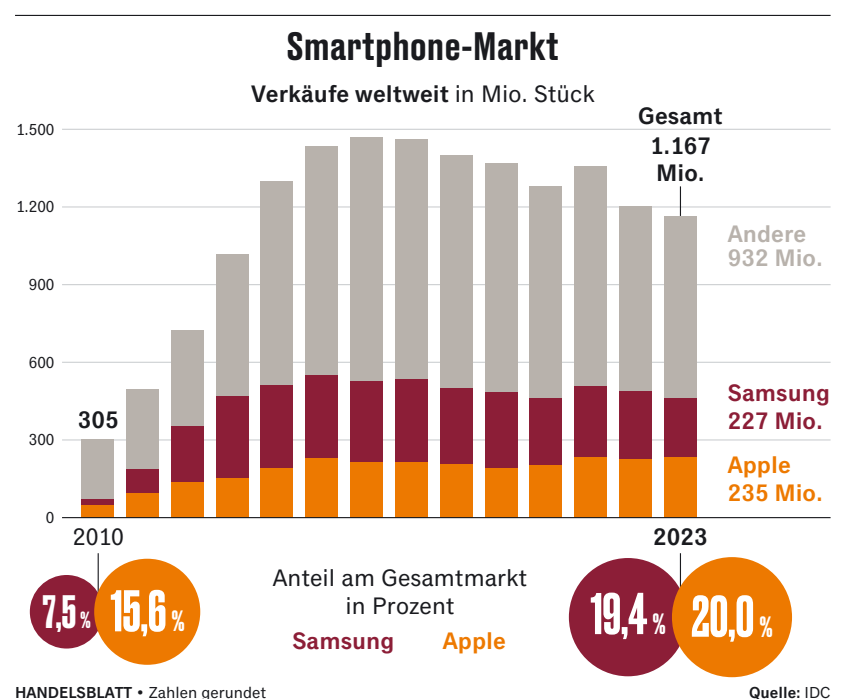
**Google-Chef Pichai, Telekom-Chef Höttes:** Ein von KI getriebenes Smartphone-Ökosystem könnte neue Monopole schaffen.

Ives von Wedbush Securities daher den Beginn eines neuen „Superzyklus“ – mit stark steigenden Umsätzen. Laut dem Marktforscher IDC soll der Absatz so genannter KI-Phones bis 2028 pro Jahr um mehr als 70 Prozent steigen, während Standardgeräte in diesem Szenario lediglich etwas mehr als zwei Prozent zulegen.

Das Potenzial ist jedenfalls da. Heute gibt es weltweit fast sieben Milliarden Smartphones. In den vergangenen Jahren wurden sie zwar immer leistungsfähiger, doch im Wesentlichen blieb für die Nutzer alles beim Alten.

Eine Kameralinse mehr, ein Titanumgehäuse oder ein Akku mit längerer Laufzeit – das waren nette Ergänzungen, die aber immer weniger Kunden zu einer Neuanschaffung bewogen haben. So fiel die Anzahl der weltweit ausgelieferten Smartphones 2023 auf lediglich 1,16 Milliarden Geräte – der geringste Wert seit zehn Jahren.

Um die Absatzzahlen wieder nach oben zu treiben, arbeiten die Hersteller mit Hochdruck an neuen technischen Features. So stellte Samsung Mitte Juli sein KI-System „Galaxy AI“ vor, das etwa Telefonate simultan übersetzen oder Gespräche live transkribieren soll. Ersten Tests zu-



folge funktioniert das offenbar noch nicht fehlerfrei, aber einigermaßen nutzbar. Hinzu kommen mehrere Foto-Funktionen, wie das Löschen unerwünschter Objekte.

Auch die Entwickler von Google, die Samsung mit ihrer KI namens Gemini die technologische Basis liefern, wollen bald mit neuen Funktionen auftrumpfen. Einem US-Technologieblog zufolge soll das neue Modell Pixel 9 Personen zu einem Gruppenfoto hinzufü-

gen können oder alte Bildschirmhalte, so genannte Screenshots, durchsuchbar machen. Etwa, wenn man den Inhalt einer Website oder eines Chats vergessen hat. Eine ähnliche Funktion hatte Microsoft jüngst unter dem Namen „Recall“ vorgestellt. Google will sich dazu nicht äußern.

Shenaz Zack, die in der Zentrale in Mountain View für die Pixel-Produktlinie verantwortlich ist, betont in einem Gespräch mit dem Handelsblatt die Be-





Alphabet

# Wiz-Deal: Hoffnung für Israels Tech-Szene

Mitten im Krieg will die Google-Mutter sagenhafte 23 Milliarden Dollar für das Cybersicherheits-Start-up zahlen. Warum?

Pierre Heumann Tel Aviv

Es wäre der größte Zukauf in der Geschichte von Googles Mutterkonzern Alphabet und ein bemerkenswerter Deal für die israelische Tech-Branche: Laut übereinstimmenden Medienberichten will Alphabet das US-israelische Cybersicherheits-Start-up Wiz für 23 Milliarden Dollar übernehmen. Die Verhandlungen sollen weit fortgeschritten sein. Anschließend müssen noch die Aufsichtsbehörden zustimmen. Die Firma mit 950 Mitarbeitern entwickelt Sicherheitssoftware für die Cloud. Zu den Kunden zählen US-Großkonzerne in den USA und auch deutsche Unternehmen wie BMW. Sitz und Vertrieb von Wiz sind in New York, die Technologieentwicklung befindet sich in Israel.

Das Interesse Alphabets an Wiz sei mitten im Krieg Israels gegen die Terrormiliz Hamas in Gaza ein Zeichen des Vertrauens. Das sagt Dror Bin, Chef der israelischen Innovationsbehörde IIA, dem Handelsblatt. Krieg und politische Unsicherheiten würden Investoren in der Regel abschrecken. „Aber wenn sich ein Unternehmen wie Google trotzdem bei uns engagieren will, sendet das ein positives Signal für

andere aus“, sagt Bin. Die IIA sei in diesen Deal zwar nicht direkt involviert. „Aber wir sorgen für attraktive Geschäftsbedingungen, von denen auch Wiz profitiert hat“, sagt Bin. So begünstige Israels Steuerpolitik Tech-Firmen. Sie schaffe „gute Bedingungen“ für Investoren und Unternehmer.

Während in den USA die Gewinne von Tech-Firmen laut Bin mit 29 Prozent besteuert werden, müssten Israels Tech-Unternehmen im Zentrum des Landes dem Staat bloß zwölf Prozent der Profite abliefern. An der Peripherie seien es sogar nur 7,5 Prozent. Damit sei Israel steuerlich vergleichbar mit Irland, sagt Bin. Viele Konzerne haben dort wegen der technologiefreundlichen Steuerpolitik ihren Europa-Sitz, zum Beispiel Alphabet und Apple.

Das Erstaunliche an Wiz sei, dass das Unternehmen erst vor ein paar Jahren gegründet wurde und es geschafft habe, eine sehr hohe Wachstumsrate sowohl bei den Einnahmen als auch bei der Bewertung zu erzielen, sagen Analysten in Tel Aviv. Die Firma wurde von Assaf Rappaport, der derzeit als Unternehmenschef fungiert, Ami Luttwak, Yinon Costica und Roy Reznik gegründet. Die vier dienten gemeinsam in der Cyber-Abteilung „Ein-



Netanel Tobias/PR

heit 8200“ der israelischen Armee. Sie hatten schon einmal ein Cloud-Sicherheitsunternehmen namens Adallon gegründet – und verkauften es 2015 für 320 Millionen Dollar an Microsoft. Fünf Jahre später verließen sie Microsoft, um Wiz zu gründen.

Seit seiner Gründung hat Wiz viele Rekorde gebrochen: Es erreichte am

schnellsten einen Umsatz von 100 Millionen Dollar und ist das israelische Unternehmen mit der höchsten Bewertung: In der bislang letzten Finanzierungsrunde waren es zwölf Milliarden Dollar. Die könnte die Firma nun fast verdoppeln. Die Wiz-Übernahme wäre der größte Deal, der jemals im israelischen High-Tech-Sektor stattgefunden hat. Noch ist Intels 15-Milliarden-Dollar-Übernahme von Mobileye im Jahr 2017 der Rekordhalter.

Falls der Verkauf des Unternehmens bewilligt wird, müsse Wiz 2,5 bis 3,5 Milliarden Dollar an den israelischen Staat abliefern, schätzen Experten. Das entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Denn unter der Leitung von Rappaport gehörte Wiz zu den Anführern der Kundgebungen, mit denen seit Anfang 2023 bis zum Kriegsbeginn in Gaza gegen die sogenannte Justizreform protestiert wurde.

Wiz-Chef Rappaport macht aus seiner prinzipiellen Ablehnung der Regierung kein Geheimnis. Doch durch den Deal dürfte er voraussichtlich derjenige sein, der zum Abbau des Defizits der von ihm massiv kritisierten Regierung beiträgt, heißt es in der Wirtschaftszeitung „Kalkalist“.

**Wiz-Office:** Hier entwickeln die Mitarbeiter Sicherheitssoftware für die Cloud.

Anzeige

**Mercedes-Benz**

Mercedes-Benz EQE 300 | Energieverbrauch kombiniert: 19–15,8 kWh/100 km | CO<sub>2</sub>-Emissionen kombiniert: 0 g/km | CO<sub>2</sub>-Klasse: A<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Die angegebenen Werte wurden nach dem vorgeschriebenen Messverfahren WLTP (Worldwide harmonised Light-duty vehicles Test Procedures) ermittelt. Der Energieverbrauch und der CO<sub>2</sub>-Ausstoß eines Pkw sind nicht nur von der effizienten Ausnutzung des Kraftstoffs bzw. des jeweiligen Energieträgers durch den Pkw, sondern auch vom Fahrstil und anderen nichttechnischen Faktoren abhängig. Abbildung enthält Sonderausstattungen.





**Bayer in Leverkusen:  
Der Amerikaner  
Bill Anderson strukturiert  
den Konzern um.**



**Norbert Winkeljohann**

# „Du hast ein gutes Team, wenn du das Sägen an deinem Stuhl hörst“

Der Aufsichtsratschef von Bayer findet, dass Führungskräfte heute vor allem eine Fähigkeit haben müssen. Warum er sie bei Bayer-Chef Bill Anderson sieht – und welche Fehler fast alle Konzerne lähmen.

**Herr Winkeljohann, dass Sie sich für den Amerikaner Bill Anderson als Bayer-Vorstandsvorsitzenden entschieden haben, kommt einem Bruch mit der Vergangenheit gleich. Er spricht ausschließlich Englisch, hat keine Bayer-Historie und kommt nicht aus dem Finanzbereich, so wie frühere Vorstandschefs. Warum Anderson?**

Ehrlich gesagt finde ich die genannten Auswahlkriterien nicht mehr zeitgemäß. Wir brauchten bei Bayer eine tiefgreifende Veränderung, jemanden, der die akuten Probleme beherzt angeht und das gesamte Team neu ausrichtet, der mit Innovation und Wachstum Wert schafft. Und jemanden, der die Mannschaft bei diesen Veränderungen mitnimmt. Deswegen waren mir bei der Auswahl auch die kommunikativen Fähigkeiten so wichtig.

**Nach außen kommuniziert Bill Anderson durchaus hart. Im Handelsblatt-Interview sagte er jüngst, dass die „interne Bürokratie“ Bayer „lähmt“. Als langjähriger Aufsichtsratschef: Schmerzen Sie solche Urteile nicht?**

Nein, im Gegenteil. Er hat doch recht! Wenn ich in den vergangenen Jahren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf den Bayer-Fluren gefragt habe: „Was müssen wir ändern, was funktioniert hier nicht?“, dann wurden mir immer zwei Dinge entgegengehalten. Es fehle an „Responsibility“ und „Accountability“.

**Das bedeutet?**

Keine „Responsibility“ heißt: Viele Mitarbeiter hatten das Gefühl, dass sie zu

wenig selbst entscheiden konnten. Das lag daran, dass es zu viele Hierarchieebenen gab. Und wenn einmal etwas danebenging, dann war häufig keiner zuständig – das ist mit fehlender „Accountability“ gemeint. Das ist Gift für Wirtschaftskonzerne. Auch viele Verwaltungen kranken daran.

**Bill Anderson will diese Probleme mit dem neuen Führungsmodell beseitigen, das er bei Bayer etabliert: Dynamic Shared Ownership (DSO). Führungskräfte agieren als Coaches, die Teams sollen in Sprints arbeiten und Budgets selbst managen. Wann haben Sie davon das erste Mal gehört?**

Ich kannte diese Organisationsform schon aus meiner Zeit als Geschäftsführer bei PwC. Da habe ich gesehen, dass es hervorragend funktioniert, wenn jeder Partner seinen Bereich eigenständig bewirtschaftet wie eine kleine Firma in der Firma. Das damals zu erleben, hat bei mir für eine steile Lernkurve gesorgt. Mit DSO tragen wir den zwei Problemfeldern „Accountability“ und „Responsibility“ Rechnung. Wir geben damit denjenigen, die die Arbeit letztendlich erledigen, die Möglichkeit, Dinge schneller – und in der Regel auch besser – selbst zu entscheiden. Auch wenn dann mal der ein oder andere Fehler unterläuft.

**Diese Art des unternehmerischen Denkens ist aber sicher nicht für jeden etwas.**

Das mag so sein. Aber wir wollen unternehmerisch geprägte Menschen fördern. Und Unternehmertum heißt auch, Risiken einzugehen. Viele Men-

schen wollen heute in solch einem Umfeld arbeiten.

**Bayer will Tausende Führungsjobs abbauen. Laufen diejenigen, die mit dem neuen Führungsmodell wenig anfangen können, eher Gefahr, dem Abbauprogramm zum Opfer zu fallen?**

Wir werden Hierarchien abbauen und Bürokratie reduzieren, das ist hinlänglich bekannt. Damit ist leider auch verbunden, dass sich die Anzahl der Jobs reduzieren wird. Ich bin mir aber sicher: Die Kolleginnen und Kollegen, von denen wir uns trennen müssen, sind so gut qualifiziert, dass sie hervorragende Chancen haben werden, sich umzuorientieren.

**Und für alle unternehmerisch denkenden Führungskräfte ist im Konzern weiter Platz?**

Ja. Unternehmerisch denken zu können ist eine wichtige, aber nicht die einzig entscheidende Qualifikation. Unsere Führungskräfte sollen ihre Teams dabei unterstützen, selbst Entscheidungen zu treffen. Das ist im Sinne unserer Kunden. Wenn man dagegen, wie in manchen Konzernen üblich, über Vorgaben und Kontrolle führt, dann passiert Folgendes: Jemand hat eine tolle Geschäftsidee – und die wird dann über zwölf Konzernebenen hoch bis zum Vorstand getragen. Bis der sich damit befasst, ist die Idee längst verwässert oder gar nicht mehr aktuell.

**Sie sagen, DSO fördert die Fehlerkultur. Inwiefern?**

Unternehmerisches Denken ist unmittelbar mit unternehmerischem Erfolg,

aber auch mit Misserfolg verbunden. Das heißt, der eigene Erfolg ist zukünftig mehr von der Frage abhängig, ob das eigene Team seine selbst gesteckten Ziele erreicht hat. Hat ein Projekt aber zum Beispiel wirtschaftlich nicht den erwünschten Erfolg gebracht, dann gibt es keine Ebene mehr, auf die sich die Verantwortung abschieben lässt.

**Klingt ziemlich hart.**

Finden Sie? Der Punkt ist: Ich glaube fest daran, dass Menschen viel mutiger handeln und auch mal ins Risiko gehen, wenn sie mehr Entscheidungsfreiheit haben. Selbst wenn sie ab und zu scheitern. Wenn sie das Gefühl haben, wirklich etwas bewirken und ihre Ideen einbringen zu können, dann ist das gut für das Unternehmen – und es hilft ihnen in der eigenen Entwicklung.

**Als Aufsichtsratschef haben Sie wahrscheinlich vor seinem Amtsantritt mit Bill Anderson darüber gesprochen, welche Risiken er eingehen soll. Hat er Ihre Rücken- deckung, wenn er stellenweise scheitert?**

Wir wollen Bayer zügig wieder auf die Erfolgsspur bringen, Stichwort Rechtsrisiken in den USA. Gleich in unserem Erstgespräch hat Bill mich gefragt: „Kann ich mit den Anwälten sprechen, die diese Fälle betreuen?“ Er wollte sich selbst sofort ein umfassendes Bild machen. Das hat er auch bei den anderen Themen so gemacht und daraus einen klaren Plan entwickelt, den das Unternehmen nun Schritt für Schritt in die Tat umsetzt.



## Vita

**Der Aufsichtsrat** Norbert Winkeljohann ist seit 2018 Aufsichtsratsmitglied und seit April 2020 Aufsichtsratsvorsitzender des Pharma- und Agrarchemiekonzerns Bayer. Der 66-Jährige sitzt auch in den Kontrollgremien von Deutscher Bank, Georgsmarienhütte Holding, Sievert und Bohnenkamp.

**Der Manager** Winkeljohann hat Betriebs- und Volkswirtschaft studiert und ging 1994 zur Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC, wo er bis zum Europa-Chef aufstieg.

### Was braucht es Ihrer Erfahrung nach noch, um als Führungskraft erfolgreich zu sein?

Du brauchst ein Team, dem du vertraust. Mir hat einmal ein früherer Chef gesagt: Gute Manager schaffen es, Ihre Fähigkeiten zu vervielfältigen. Das heißt, sie können ihre eigenen Fähigkeiten ins Team tragen und fühlen sich nicht bedroht, wenn Leute genauso gut sind wie sie – oder besser. Dieser frühere Chef sagte auch: Du hast ein gutes Team, wenn du morgens ins Büro kommst und das Sägen an deinem Stuhl hörst.

### Klingt für mich eher bedrohlich.

Das muss man ertragen können. Es bedeutet ja: Da sind Menschen, die ehrgeizig sind. Ja-Sager braucht jedenfalls keiner.

### Sie haben Einblick in diverse Unternehmen. Beobachten Sie, dass es die kritischen Köpfe sind, die weiterkommen? Oder haben „Ja-Sager“ vielleicht doch die besseren Chancen, gefördert zu werden?

Mich haben früher viele Menschen gefragt: Wann werde ich befördert? Wie komme ich weiter? Denen habe ich immer gesagt: Das musst du schon selbst machen. Indem du Leistung zeigst,

### keinen Chef mit „Bayer-Tunnelblick“ zu riskieren?

Ich denke schon, dass dieser externe Blick uns geholfen hat. Wir hätten auch sehr gute interne Kandidatinnen und Kandidaten gehabt. Aber es war Zeit für eine grundlegendere Veränderung.

### Gründe, skeptisch zu sein, gibt es trotzdem. Es besteht die Gefahr, dass Bayer im Zuge des Umbaus gute Leute verliert oder dass die neue Arbeitsweise im Chaos endet. Haben Sie Ängste?

Ich habe Achtung und Demut vor den großen Aufgaben, die es zu bewältigen gilt, aber keine Ängste. Sonst wäre ich nicht in dieser Rolle.

### Wie reagieren Sie, wenn Ihnen reihenweise Top-Kräfte von Bord gehen sollten?

Der Vorstand nimmt dieses Thema sehr ernst, damit genau das nicht passiert. Und ja, einige Beschäftigte werden uns leider verlassen, aber klar ist auch: Bayer ist und bleibt ein sehr attraktiver Arbeitgeber, bei dem Menschen eine Menge bewegen und sich dabei persönlich entwickeln können.

### Wie weit müssen Manager auch über den Tellerrand ihres eigenen Unternehmens hinausschauen und sich zu politischen Themen positionieren – zum Beispiel den hohen Beliebtheitswerten der AfD?

Unternehmen sind Teil der Gesellschaft. Sie können nicht sagen: Wir machen hier unser Ding und der Rest um uns herum ist uns egal. Gerade in Bezug auf die AfD haben einige Manager Angst vor Fettnäpfchen. Gerade die Topmanager haben ja Zugang zu Politikern. Es ist Zeit, auch denen gegenüber mal zu artikulieren: Was brauchen wir, um am Standort Deutschland weiter unser Unternehmen zu betreiben? Wir haben einen nach wie vor starken Standort Deutschland. Die Politik muss aber verstehen, was es benötigt, um ihn zu erhalten.

### Eine Studie des Nürnberg Instituts für Marktentscheidungen ergab kürzlich: Topmanager haben sogar mehr Angst vor Innovationen als Durchschnittsbürger. Überrascht Sie das?

Nicht besonders. Denn natürlich sind mit Innovationen in der Regel auch erhebliche langfristige Investitionen und auch Unsicherheiten verbunden. Das regulatorische Umfeld kann sich schließlich jederzeit verändern. Derzeit fehlt Planungssicherheit. Die brauchen wir zurück. Und wir müssen wieder stärker auf Chancen als auf Risiken blicken.

### Anfang des Jahres bemängelten Sie im Handelsblatt-Interview das Entscheidungstempo bei Bayer.

Wenn man im Unternehmen einen Bleistift bestellen wollte, müssten dafür wahrscheinlich sieben Leute einen Klick machen. Seitdem ist mehr als ein halbes Jahr vergangen. Wie viele Klicks sind es heute?

Der Bleistift war ein Symbol für die vielen bürokratischen Prozesse im Unternehmen. Wir sind noch mitten im Wandel, aber vieles geht heute schon deutlich schneller. Die Teams sollen zunehmend selbst entscheiden, wofür sie Budget aufwenden und wo das Geld bestmöglich eingesetzt wird.

### Herr Winkeljohann, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte Julia Beil.

## Elon Musk X und SpaceX verlegen Sitz nach Texas

Elon Musk lässt zwei Firmen aus Kalifornien wegziehen – und warnt vor „gewalttätigen Drogenbanden“ in San Francisco.

**San Francisco.** Tech-Milliardär Elon Musk verlegt den Sitz seiner Weltraumfirma SpaceX und des Kurznachrichtendienstes X von Kalifornien nach Texas. Zur Begründung verwies Musk auf ein kalifornisches Gesetz, das Schulen erschwert, Eltern über die sexuelle Orientierung der Kinder zu informieren. Er bezeichnete das Gesetz in einem Post auf X als „letzten Tropfen“, der das Fass zum Überlaufen gebracht habe.

Musk hat sich politisch in den vergangenen Jahren immer weiter der Position der amerikanischen Rechten angenähert und wettet unter anderem gegen geschlechtsangleichende Maßnahmen, insbesondere bei Jugendlichen.

SpaceX hatte seine Zentrale bisher in Hawthorne im Großraum Los Angeles – auch wenn ein Großteil der Anlagen bereits in Texas beheimatet war. Die dort aus dem Boden gestampfte Anlage mit dem Namen „Starbase“ soll künftig auch der Hauptsitz der Firma werden.

### Auch Tesla-Zentrale wurde verlegt

X behielt als Nachfolgedienst von Twitter seine Zentrale in San Francisco – und soll nun nach Austin umziehen. Musk verband die Ankündigung am Dienstag mit einem Seitenhieb gegen die Stadt, die vor allem in konservativen politischen Kreisen als Metropole im Niedergang dargestellt wird. Er habe genug davon gehabt, sich vor „Banden gewalttätiger Drogenabhängiger“ wegzuducken, nur um ins Gebäude zu kommen, schrieb Musk bei X. Der Tech-Milliardär wird stets von mehreren Leibwächtern begleitet.

Musk ist auch Chef des Elektroauto-Herstellers Tesla – und ließ den Konzern bereits aus Palo Alto im kalifornischen Silicon Valley ebenfalls nach Austin umziehen.

Nach dem Attentatsversuch auf Donald Trump am Wochenende hatte sich der Milliardär so offen wie noch nie hinter den wahrscheinlichen republikanischen Präsidentschaftskandidaten gestellt. „Ich unterstütze Präsident Trump voll und ganz und hoffe auf seine schnelle Genesung“, twitterte Musk auf seiner Plattform X.

Zwar hatte es in der Vergangenheit immer wieder Berichte über eine Annäherung Musks und Trumps gegeben, derart deutlich hatte sich Musk jedoch bis dahin nicht geäußert. Der Milliardär forderte gleichzeitig den Rücktritt der Secret-Service-Spitze aufgrund möglicher Versäumnisse beim Schutz Trumps.

Musk will Berichten zufolge den Wahlkampf Trumps massiv finanziell unterstützen. Die Rede ist von monatlich rund 45 Millionen Dollar, die der Milliardär zur Verfügung stellen wolle. dpa, Felix Holtermann



REUTERS

Elon Musk: Der Unternehmer ist Trump-Unterstützer.

MANAGEMENT  
SUMMER  
SCHOOL  
28 JUNI — 19 JULI



Getty Images; picture alliance/dpa

### Wie tief sind Sie heute drin in Andersons Arbeitsalltag?

Ich habe regelmäßige fixe Termine mit allen Vorstandsmitgliedern, aber mit Bill Anderson ist das Verhältnis natürlich noch enger. Wir treffen uns häufig in Leverkusen. Es kommt auch vor, dass wir samstags oder sonntags telefonieren, oft spontan. In die operative Arbeit des Vorstands greife ich aber selbstverständlich nicht ein.

### Sie sind selbst erfahrener Topmanager, waren vor Ihrer Zeit bei Bayer Vorstandschef von PwC Europe. Heute haben Sie verschiedene Aufsichtsratsmandate inne, unter anderem bei der Deutschen Bank. Welche Management-Lektionen hat Sie Ihre Karriere bisher gelehrt?

Dass es nur sehr wenige Fähigkeiten sind, die am Ende über Erfolg oder Misserfolg entscheiden. Ganz vorne steht Unternehmertum. Daneben habe ich mich häufig gefragt, wie ich Zufriedenheit herstelle und Menschen in Veränderungsprozessen mitnehme. Meine wichtigste Antwort: Du musst als Führungskraft zuhören können. Vor allem wenn du kritisiert wirst. Wenn Mitarbeiter das Gefühl haben, ihre Kritik wird gehört, das Management befasst sich damit und arbeitet an Lösungen, dann profitieren alle. Auch die Führungskräfte. Sie gewinnen an Rückhalt.

durch Kundenorientierung, durch gute Mitarbeiterführung, durch fachliches Know-how. Nur gefördert zu werden reicht nicht. Man muss sich selbst in eine gute Position bringen. Dann erkennen auch die Vorgesetzten: Da ist jemand, der Verantwortung will und tragen kann.

### Biss ist also wichtiger als Talent?

Die Mischung macht's. Sie brauchen fachliche Grundlagen, die unternehmerische Ader, über die wir gesprochen haben. Und Sie brauchen strategischen Weitblick. Wer heute einen oberflächlichen Überblick über das eigene Unternehmen und dessen Umfeld hat, kann unmöglich aufsteigen. Es reicht nicht, zu fragen: Wie kann ich Chef werden? Sie müssen sich für das große Ganze interessieren.

### Ist das nicht selbstverständlich?

Nein, gerade in meiner Beraterzeit habe ich oft das Gegenteil erlebt. Da habe ich bei Abschlussprüfungen manchmal die Berufsanfänger gefragt: „Was machst du gerade?“ Als Antwort kam dann so was wie: „Ich prüfe die Forderungen.“ Wenn ich dann gefragt habe: „Und wie viel Umsatz macht das Unternehmen, das wir hier gerade prüfen?“, habe ich oft gehört: „Weiß ich nicht.“

### Haben Sie deswegen einen Vorstandschaft von außen geholt – um

Laura Thalmeyer, Vinzenz Neumaier  
Düsseldorf

**A**m Ende konnten die Mitarbeiter nicht einmal mehr telefonieren. Das Konto des bayerischen Spezialmaschinenbauers Zippel war leer, wegen offener Rechnungen stellte sein Energieversorger beinahe den Strom ab. Zippels Telefonanbieter hatte weniger Geduld und sperrte sämtliche Anschlüsse. In den letzten Tagen vor der Insolvenz 2022 sprachen Mitarbeiter mit Kunden nur noch über ihre Privathandys.

Dabei hatte Zippel zwei Jahre zuvor einen scheinbar idealen Investor gefunden. Gegründet 1968 von Günther Zippel in der Garage seiner Eltern, war das Unternehmen lange ein typischer Familienbetrieb. 2014 verkaufte ihn Zippel an den japanischen Konkurrenten Sugino, 2020 übernahm eine amerikanische Unternehmensgruppe. Damit begann das Desaster. Dabei sagte Mi-

”

Und dann kam dieser Michael Flacks. Der hat die Firma ausbluten lassen, bis nur noch das Gerippe übrig war.

Rico Irmischer  
IG Metall Regensburg

chael Flacks, Eigentümer der Flack Group, zu Beginn noch Salbungsvolles: „Wir heißen Zippel in unserer Gruppe willkommen und freuen uns darauf, das Unternehmen in Zukunft bei seinem weltweiten Wachstum zu unterstützen.“

Doch statt Wachstum folgte die Insolvenz. Recherchen des Handelsblatts zeigen nun ein Muster. Ob Zippel in Bayern, Ogro Beschlagtechnik in Nordrhein-Westfalen, der Trikothändler fan and more oder die Firma Holzverpackung Hüfingen im Schwarzwald – immer wieder endet ein Kontakt mit Michael Flacks für das übernommene Unternehmen beim Insolvenzrichter. Der Investor dagegen verdient mit dem Scheitern noch Geld.

Die Methode Flacks beschäftigte bereits mehrere Strafverfolgungsbehörden. Im Fall Ogro ermittelten Staatsanwälte in Wuppertal. Sie prüften den Anfangsverdacht des Betrugs, der Untreue, der Insolvenzverschleppung und des Vorenthaltens und Vorentreuens von Arbeitsentgelt. Doch die Tatvorwürfe bestätigten sich nicht und die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren wieder ein.

Nach der Pleite von Zippel 2022 wurden Ermittler in Regensburg aktiv. Auch hier lautet der Vorwurf auf Insolvenzverschleppung. Das Verfahren läuft. Flacks ließ eine Anfrage des Handelsblatts zu den Vorwürfen unbeantwortet.

Der Insolvenzverwalter von Zippel, Rudolf Dobmeier, war weniger zurückhaltend. „Die Flacks Group hat bereits mehrfach saniierungswürdige Unternehmen aufgekauft und aus diesen dann das Vermögen abgezogen, sodass die Unternehmen ein Insolvenzverfahren beantragen mussten“, schrieb er am 16. Januar 2023 an die Gläubiger von Zippel. „So scheint der Fall auch hier zu liegen.“ Dobmeier untermauerte seinen Verdacht mit Zahlen. Allein im September 2022 seien 1,2 Millionen Euro von Zippel an Flacks geflossen. Dabei sollen die Mitarbeiter von Zippel zu diesem Zeitpunkt bereits vergeblich auf ihre Augustgehälter gewartet haben.

Wer ist der Mann, der solche Geschäfte macht? Als der Insolvenzverwalter von Zippel noch die Scherben zusammenkehrte, gab Michael Flacks dem US-Informations-

Pleuger Industries, Getty [M]

**Michael Flacks:**  
Mitarbeiter nannten ihn „Draculinchen“. Er soll Mittelständler ausgesogen und dann in die Insolvenz geschickt haben.



Handelsblatt Insight  
— Investor —

# Dieser Milliardär gilt als Schrecken aller Mittelständler

Michael Flacks inszeniert sich als Liebhaber deutscher Mittelständler und will sie „neu positionieren“. Betroffene berichten, er hätte etliche Firmen ausgeweidet. Ist die Justiz machtlos?

dienst Bloomberg ein Interview. Gerade hatte er für knapp zehn Millionen Dollar eine Wohnung im New York Plaza Hotel gekauft. Der Artikel erwähnte vier Meter hohe Decken, Bäder mit Marmor und einen atemberaubenden Ausblick über den Central Park. Flacks erzählte sein Leben als amerikanischen Traum, mit Ursprung in Großbritannien.

Geboren 1967 in Manchester, begann Flacks seine Karriere demnach schon als 16-jähriger Schulabbrecher auf Straßenträgen, wo er Lederjacken und Pelzmäntel verkaufte. In den 1980er-Jahren siedelte er um nach Miami. Sein im Einzelhandel verdientes Geld habe er später in Immobilien investiert, vor allem in Deutschland.

Bloomberg bezifferte das Vermögen von Flacks auf 600 Millionen Dollar, die britische „Sunday Times“ taxierte es sogar auf 1,4 Milliarden Euro und zählte Flacks in ihrer Reichenliste zu den 150 wohlhabendsten Bürgern der Insel. In Miami besitzt er unter anderem eine 24 Millionen Dollar teure Wohnung in der Inselgemeinde Fisher Island – erreichbar nur zu Wasser oder per Helikopter.

Die Flacks-Gruppe beschreibt sich als führender Investor für Distressed Assets. Männer wie Flacks nehmen für sich in Anspruch, notleidende Unternehmen besser führen zu können als das dort aktive Management. In der Theorie werden Prozesse optimiert, brachliegende Potenziale gefördert und neue Ideen genutzt – zum Besten

für die Mitarbeiter, Geschäftspartner und den Investor selbst.

Flacks fasst seinen Ansatz als das „Flacks-Versprechen“ zusammen. Auf ihrer Website nennt seine Gruppe viele namhafte Partner, mit denen sie zusammenarbeitet: Fürs Geld Barclays, die Bank of China, die Deutsche Bank, JP Morgan und andere. Für die Buchhaltung BDO, EY, KPMG und PwC. Als Rechtsanwälte unter anderem Baker McKenzie, Freshfields, Skadden und White & Case.

Die Finanzbranche freilich kennt auch Investoren, die ihre Position und ihr Netzwerk ausnutzen, um die letzten Werte aus einem Unternehmen zu pressen. Sie prägten in den 1990er-Jahren den Begriff „Geierfonds“. Während in der Natur Aasfresser al-



Apostolos Bibudis

# „Es gibt kein Traumhaus für ein Taschengeld“

Der Deutschlandchef des Maklerverbands IAD rechnet damit, dass es noch lange zu wenig bezahlbare Wohnungen geben wird. Vom Kauf einer bestimmten Gebäudeart rät er ab.

**Herr Bibudis, Makler und Wohnungsfirmer beschwören seit Monaten die Trendwende, doch die Wohnimmobilienpreise fallen vorerst weiter. Wann rechnen Sie mit einer Stabilisierung der Preise?**

Wir sehen eigentlich schon Anfang des Jahres eine gewisse Stabilisierung – allerdings auf einem niedrigeren Preisniveau. Es ist natürlich schwer einzuschätzen, wie es weitergeht. Aber mein Eindruck ist, dass sowohl Verkäufer als auch Erwerber den größten Schock über die gestiegenen Finanzierungskosten für eine Immobilie hinter sich haben. Allmählich steigt das Interesse an Wohnungen und Häusern wieder, das ist deutlich zu registrieren. Es geht aufwärts am Markt.

**Ein Ende der Talfahrt bedeutet noch keine Trendwende. Erwarten Sie, dass die Immobilienpreise in Deutschland in nächster Zeit wieder deutlich steigen?**

Nein, schnell werden wir da keine großen Sprünge nach oben sehen. Aber Wohnen ist ein Grundbedürfnis der Menschen, das wird nicht einfach verschwinden – und die Bevölkerung in Deutschland legt weiter zu. Langfristig bin ich darum ziemlich sicher, dass die Preise für Immobilien wieder moderat steigen werden, wenngleich nicht so rasant wie in den vergangenen Jahren. Betongold verliert aber nicht seinen Glanz.

**Die Preise für Neubauten sind selbst in der Krise kaum gefallen, teilweise sogar gestiegen. Warum ist das so?**

Nun, viele Immobiliensuchende schätzen es, wenn sie bei einer neuen Wohnung letztlich nur noch die Möbel hineinstellen müssen: Wenn also kein Heizungstausch nötig ist, keine neuen Fenster, keine Umbauten, die Staub machen und Nerven kosten. Das alles bieten Ihnen Neubauten. Und dann ist der Markt für solche Wohnungen und Häuser wegen der einbrechenden Zahlen von neu begonnenen Projekten einfach sehr übersichtlich. Das stabilisiert die Preise.

**Wo gibt es die stärksten Rückgänge?**

Ältere Gebäude mit einer schlechten Energieeffizienz haben im Preis deutlich verloren. Das wollen viele Käufer derzeit einfach nicht ans Bein bin-

den, denn alle wissen, dass da hohe Sanierungskosten in den nächsten Jahren auf sie zukommen. In den Großstädten finden solche Immobilien noch Interessenten, auf dem Land wird es aber schwierig – da müssen die Verkäufer teilweise hohe Preisabschläge hinnehmen. Allerdings hat sich der Trend zuletzt verlangsamt.

**Werden Sie solche Gebäude inzwischen nur noch schwer los?**

Sie finden da immer einen Käufer oder Interessenten. Aber in der Regel nicht zu den Preisvorstellungen, die sich die Verkäufer ursprünglich gemacht haben.

**Längere Zeit scheiterten Verkäufe komplett an unterschiedlichen Preisvorstellungen von Erwerbern und Verkäufern. Hat sich das inzwischen angenähert?**

Ich würde sagen, dass inzwischen ein neuer Status quo eingezogen ist. Anfangs dachten viele, der Preisrutsch sei nur eine Episode, bald gehe es wieder deutlich aufwärts. Nun herrscht ein neuer Realismus. Mittlerweile hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass sich das Preisniveau so schnell nicht wieder deutlich nach oben bewegen wird. Wer vor zehn Jahren eine Immobilie kaufte, macht heute ja immer noch in der Regel einen deutlichen Gewinn – und das unter Umständen steuerfrei.

**Doch viele Erwerber können sich einen Kauf angesichts der gestiegenen Finanzierungskosten nicht mehr leisten und drängen in den Mietmarkt. Was bedeutet das für die Entwicklung der Mieten?**

Da sollte sich niemand etwas vormachen: Die Mieten werden weiter steigen, und dieser Trend wird auch so schnell kein Ende finden. Da der Neubau deutlich eingebrochen ist, werden in den nächsten Jahren kaum viele Angebote auf den Markt kommen, obwohl die Nachfrage da ist. Das ist kein Umfeld, in dem Mietpreise wieder sinken. Für Mieter wird es bitter.

**Steigende Mieten, sinkende Neubauzahlen: Steuern wir auf eine Wohnungskrise in Deutschland zu?**

Ich würde sagen, wir stecken bereits in der Wohnungskrise. In Großstädten wie Frankfurt hat das Mietniveau bei



## Vita

**Der Manager** Der 43-jährige studierte Immobilienprofi leitet seit Mai dieses Jahres das Maklernetzwerk IAD in Deutschland. Zuvor trieb er jahrelang für den Makler Von Poll Immobilien die Auslandsexpansion voran und bei ERA Immobilien das Deutschlandgeschäft.

**Das Unternehmen** IAD wurde 2008 im Süden von Paris gegründet und verfolgt ein digitales Maklermodell. Das Unternehmen will in Deutschland in den nächsten Jahren stark wachsen. Von der Firmenzentrale in Frankfurt soll ein bundesweites Netzwerk mit 500 Beratern aufgebaut werden.



Neuvermietungen inzwischen die Höhe von 15 Euro pro Quadratmeter erreicht. Da wird allmählich die Schwelle der Sozialverträglichkeit überschritten. Wie soll Wohnraum dann überhaupt noch bezahlt werden? Und den sozial geförderten Wohnungsbau gibt es auch kaum mehr. Die Politik ist dringend gefordert, mit Bürokratieabbau, moderateren Ansprüchen bei Bauvorschriften und mehr Digitalisierung für mehr und schnelleren Wohnungsbau zu sorgen.

**Im Grunde gibt es genug Wohnungen, sie stehen nur dort, wo viele nicht leben wollen: in der ländlichen Provinz. Bleibt dennoch der Druck auf die Großstädte groß?**

Es ist nun einmal so, die Menschen streben in die Metropolregionen, also in die Städte oder ins nähere Umland. Wenn Sie auf dem flachen Land wohnen, wo Sie eine Stunde bis zur nächsten Autobahnauffahrt brauchen und wo keine Regionalbahn Sie schnell in die nächste größere Stadt bringt, ist das vielleicht schön, wenn man danach strebt, aber nicht, wenn der Job davon abhängt.

**Was beschäftigt potenzielle Käufer aktuell am meisten, wenn sie nach einer Wohnung suchen?**

Das wichtigste Thema für potenzielle Käufer ist derzeit die Finanzierung. Die Banken sind vorsichtiger geworden,

**Wohnungsbau in Berlin:** Für Mieter in den großen Städten wird die Situation nicht leichter.

viele Kaufinteressenten stellen fest, dass sie sich nicht mehr so viel Haus oder Wohnung leisten können, wie sie dachten. Es braucht da manchmal schon Gespräche mit guten und stichhaltigen Fakten, um Wohnungssuchende davon zu überzeugen, dass es dann vielleicht nicht das Viertel mit der Lieblingskneipe wird, sondern ein Bezirk etwas weiter draußen.

#### Sollten Interessenten immer noch mal um den Preis feilschen?

Es ist nie ein Fehler, sich über den Spielraum beim Preis zu informieren. Zurzeit haben Käufer noch eine gute Verhandlungsposition, die allerdings schwächer wird. In bestimmten Fällen waren 2023 noch zwischen zehn und 30 Prozent Rabatt drin, wenn ein Verkäufer unbedingt schnell veräußern wollte oder musste. Aber das ist die große Ausnahme. Wenn der Makler seinen Job richtig macht, ist auch der Angebotspreis realistisch kalkuliert. Erwerber sollten also nicht glauben, es gäbe jetzt jede Menge Rabatt am Markt.

#### Was würden Sie Privatleuten unter den Interessenten raten, die nach einer guten Geldanlage in Immobilien suchen?

Wenn Sie in eine qualitativ hochwertige Immobilie in guter Lage und in einer Stadt mit Wachstumspotenzial investieren, machen Sie normalerweise keinen großen Fehler. Gerade Univer-

sitätsstädte sind für Investoren interessant, weil es dort immer Zuzug gibt. Allerdings sollten Sie keine Renditen von über fünf Prozent im Wohnsektor mehr erwarten – diese Zeiten sind erst einmal vorbei.

#### Gibt es Gebäude, von denen Sie Erstkäufern eher abraten würden?

Wenn Sie eine Eigentumswohnung in einem schlecht sanierten Mehrfamilienhaus kaufen, brauchen Sie gute Nerven oder Glück. In der Regel findet sich in der Eigentümergesellschaft immer einer oder eine, der oder die eine aufwendige Sanierung nicht bezahlen will und die Pläne blockiert. Wenn Sie kein Profi sind oder Jurist, würde ich Ihnen eher abraten, sich in dieses Abenteuer zu stürzen.

#### Und haben Sie noch einen wichtigen Tipp für Immobiliensuchende?

Bleiben Sie realistisch bei der Suche. Es gibt kein Traumhaus für ein Taschengeld. Viele haben hohe Ansprüche und so konkrete Vorstellungen, dass sie nach Monaten nur noch völlig entnervt sind und sich gar nicht mehr entscheiden können. Ein alter Maklerspruch lautet deswegen: Das ideale Haus findet man erst beim dritten Immobilienkauf.

#### Herr Bibudis, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte Carsten Herz.

## Deutsche Banken

# Angst vor faulen Krediten wächst

Die Schwäche der deutschen Wirtschaft wird zunehmend zum Problem für heimische Banken.

Michael Maisch Frankfurt

**A**uf den deutschen Kreditmarkt könnten Turbulenzen zukommen. Zumindest spricht ein von der Branche der Kredithändler berechnetes Marktbarometer für eine neue Zunahme fauler Darlehen. Diese notleidenden Kredite in den Bilanzen der Banken werden im Fachjargon Non Performing Loans (NPLs) genannt. Das aktuelle NPL-Barometer, das von der Bundesvereinigung Kreditankauf und Servicing (BKS) und der Frankfurt School of Finance & Management berechnet wird, verzeichnet einen deutlichen Anstieg. Der Gesamtwert von 0,45 liegt nur noch knapp unter dem Rekord von 0,46 aus dem vergangenen Herbst.

Dieses Ergebnis spricht nach Einschätzung von BKS-Präsident Jürgen Sonder für mehr Kreditausfälle und in der Folge für mehr Auslagerungen von NPLs aus den Bilanzen der Banken. Geraten Kredite in Not oder drohen in Not zu geraten, versuchen Banken häufig, die NPLs mit einem Bewertungsabschlag an Investoren zu verkaufen, um die Risiken aus ihren Büchern zu bekommen.

Umfrage unter NPL-Experten, bei der die tatsächliche Entwicklung innerhalb der vergangenen zwölf Monate und die erwartete Entwicklung in den kommenden zwölf Monaten erhoben wird. Das NPL-Barometer reicht von einer Skala von minus eins bis plus eins. Werte im positiven Bereich sprechen für eine Verschlechterung der Kreditqualität.

Zuletzt meldete die European Banking Authority (Eba) für März 2024 NPL-Bestände deutscher Banken in Höhe von 39,8 Milliarden Euro – ein Anstieg um acht Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr. „Wir müssen uns auf ein neues Normal mit höheren NPL-Beständen einstellen“, betont Schalast.

Die Experten der Ratingagentur Scope betonen, dass der Anteil der notleidenden Kredite im Vergleich zu den gesamten Ausleihungen der Banken in Europa noch immer auf einem historisch niedrigen Wert liege. Ende März 2024 lag dieses Verhältnis in der EU bei 1,86 Prozent und in Deutschland noch niedriger bei 1,32 Prozent.

Allerdings hatten nach Erkenntnissen der Bundesbank die NPL-Quote und andere Indikatoren für die Kredit-



image Images/Westend61

„Die Ergebnisse spiegeln die angespannte wirtschaftliche Lage in Deutschland wider“, meint Sonder. Unternehmen und Privathaushalte würden seit Jahren durch multiple Krisen belastet. „Die Auswirkungen registrieren wir jetzt zeitversetzt durch eine Zunahme der notleidenden Kredite in den Bankbilanzen.“

Für Christoph Schalast von der Frankfurt School of Finance & Management stehen bei der Verschlechterung der Kreditqualität vor allem gewerbliche Immobilienkredite im Fokus. „Projektentwickler und Bauträger sind aufgrund der Marktturbulenzen besonders ausfallgefährdet“, erläutert der Wirtschaftsforscher. Aber auch bei Konsumentenkredit, Wohnimmobilienkredit und Krediten an kleinere Unternehmen rechnen die Experten mit steigenden NPL-Quoten. Das Kreditbarometer des BKS beruht auf einer

qualität im ersten Halbjahr 2024 bereits „restriktive Auswirkungen“ auf das Kreditangebot der Banken. Im zweiten Halbjahr dürfte sich diese Entwicklung zumindest bei Unternehmenskrediten fortsetzen, das zeigen die Ergebnisse der jüngsten Bank Lending Survey, bei der die Banken zu ihrer Kreditvergabe befragt werden.

In den vergangenen sechs Monaten verschärfen die Banken ihre Kreditrichtlinien im Unternehmensgeschäft am stärksten gegenüber dem Immobiliensektor. Besonders betroffen waren davon abermals Darlehen für Gewerbeimmobilien. Deutlich zurückhaltender zeigten sich die Institute auch gegenüber dem Baugewerbe. Gegenüber dem Handel, dem verarbeitenden Gewerbe und bei Krediten im Dienstleistungssektor strafften die Banken ihre Richtlinien dagegen weniger.

Andreas Kröner Frankfurt

Die Debatte über die Schaffung einer einheitlichen europäischen Börsenaufsicht gewinnt an Intensität. Verena Ross, die Chefin der europäischen Finanzmarktaufsicht Esma, wirbt im Gespräch mit dem Handelsblatt um zusätzliche Kompetenzen für ihre Behörde. Die Bundesregierung, die der Idee eine Zeit lang skeptisch gegenüberstand, zeigt sich verhandlungsbereit.

Ross ist der Ansicht, dass die Esma die direkte Aufsicht über europaweit tätige Marktinfrastrukturbetreiber wie Börsen und Clearinghäuser sowie über Anbieter von Kryptowährungen übernehmen sollte. „Diese Finanzkonzerne erbringen europaweite Dienstleistungen, deshalb wäre auch eine europaweite Überwachung sinnvoll“, sagt Ross. „Es besteht Handlungsbedarf, dies zu überdenken.“

Aktuell sind für die Kontrolle dieser Finanzkonzerne nationale Behörden zuständig. Die Deutsche Börse wird beispielsweise primär von der hessischen Börsenaufsicht und der deutschen Finanzaufsicht Bafin überwacht. Die Esma versucht sicherzustellen, dass die Behörden in den verschiedenen EU-Staaten möglichst ein-



Wir müssen auch bereit sein, in Bereichen zu europäisieren, in denen uns der Status quo gar nicht so unangenehm ist.

Jörg Kukies

Wirtschaftspolitischer Berater des Bundeskanzlers

heitlich vorgehen. Das sei jedoch sehr aufwendig, betont Ross. „Aktuell wenden wir uns und auch die nationalen Aufsichtsbehörden viele Ressourcen auf, um für eine möglichst hohe Konvergenz bei den nationalen Aufsichtspraktiken zu sorgen.“ Eine einheitliche europäische Aufsicht wäre aus Sicht von Ross effizienter. Die 56-jährige Hamburgerin steht seit November 2021 an der Spitze der Esma.

EZB-Präsidentin Christine Lagarde hatte bereits Ende 2023 eine zentrale europäische Börsenaufsicht nach dem Vorbild der amerikanischen SEC gefordert. Während der starke Kapitalmarkt in den USA seit Jahrzehnten von einer einheitlichen Aufsicht profitiert, finde die direkte Kontrolle in Europa weitgehend auf nationaler Ebene statt, monierte Lagarde. Das führe zu Unterschieden bei der Anwendung von EU-Vorschriften.

Wie Lagarde hat sich auch die französische Regierung für eine Stärkung der Esma ausgesprochen – wohl auch vor dem Hintergrund, dass die Behörde in Paris beheimatet ist. Andere EU-Mitgliedstaaten, die Bundesregierung und auch die deutsche Finanzaufsicht Bafin standen der Idee dagegen lange skeptisch gegenüber. Es sei ein Denkfehler zu glauben, man könne mit einer einheitlichen Aufsicht einen einheitlichen Markt in Europa forcieren, findet Bafin-Präsident Mark Branson. In den USA gebe es einen einheitlichen Markt und deshalb mit der SEC auch eine Aufsichtsbehörde. „Aber die Wertpapieraufsicht hat nicht den Markt groß gemacht.“



Finanzmarktaufsicht Esma

# Debatte über die EU-Börsenaufsicht wird intensiver

Europas Chefaufseherin Verena Ross würde Börsen und Kryptoanbieter gern direkt überwachen. Deutschland ist verhandlungsbereit. Doch bei einer Frage gibt es Dissens.

Esma-Chefin Verena Ross: Sie will auch die Aufsicht über europaweite Geschäfte mit Kryptowährungen haben.



**EZB-Chefin Christine Lagarde, Bafin-Chef Mark Branson:** Beide haben eine unterschiedliche Auffassung, ob eine einheitliche Finanzkontrolle sinnvoll ist.

Um die europäische Kapitalmarktunion voranzubringen, ist Deutschland nun aber offenbar bereit, beim Thema Aufsicht Zugeständnisse zu machen. „Wir müssen auch bereit sein, in Bereichen zu europäisieren, in denen uns der Status quo gar nicht so unangenehm ist“, sagte Jörg Kukies, der oberste wirtschaftspolitische Berater von Bundeskanzler Olaf Scholz, kürzlich auf dem „Euro Finance Summit“ in Frankfurt.

Auch die Bafin machte im Mai deutlich, dass sie nicht grundsätzlich



gegen eine europäische Aufsicht über Clearinghäuser ist. Diese stehen bei Derivategeschäften zwischen Käufer und Verkäufer und springen ein, falls ein Handelsteilnehmer ausfällt.

Nach der Finanzkrise 2008 hat die Politik beschlossen, mehr Geschäfte über Clearinghäuser abwickeln zu lassen. Die Handelsteilnehmer, darunter viele große Banken, müssen dort Sicherheiten für ihre Geschäfte hinterlegen. Clearinghäuser wie die Deutsche Börse-Tochter Eurex Clearing haben ihr Geschäft in den vergangenen Jah-

ren kräftig ausgebaut und sind dadurch selbst zu hochgradig systemrelevanten Institutionen geworden. „Fällt ein Clearinghaus aus, beispielsweise durch eine Cyberattacke, stehen Milliarden im Feuer“, betont Bafin-Chef Branson. „Eine zentrale Aufsicht kann für solche Institute die richtige Lösung sein, auch wenn wir das in Deutschland aktuell ganz gut machen.“

Branson und sein Kollege Thorsten Pötzsch stellen dafür jedoch eine klare Bedingung: Sollte die Aufsicht zentralisiert werden, müsse auch die Abwicklung und Haftung im Krisenfall auf die europäische Ebene verlagert werden. „Es kann nicht sein, dass derjenige, der entscheidet, nachher nicht haftet, wenn es schiefgeht“, sagt Pötzsch, der bei der Bafin als Exekutivdirektor für Wertpapieraufsicht zuständig ist.

Esma-Chefin Ross beurteilt die Lage anders. „Sollte ein großes Clearinghaus in ernsthaften Schwierigkeiten geraten, wären das ohnehin Probleme, die wahrscheinlich auch die Mitglieder des Clearinghauses – darunter große Banken aus verschiedenen Ländern – betreffen würden“, sagte sie. Die Verantwortung, eine solche Situation zu lösen, läge somit bereits heute nicht ausschließlich beim Heimatland des Clearinghauses. „Wenn ein großes Clearinghaus Probleme bekommt, ist das kein rein deutsches, französisches oder griechisches Problem, sondern ein übergreifendes europäisches Problem, bei dem möglicherweise auch die Zentralbanken, inklusive der Europäischen Zentralbank, gefragt sein werden“, argumentiert Ross. „Ich persönlich bin deshalb der Meinung, dass das fiskalische Argument die Überwachung auf europäischer Ebene nicht unbedingt aufhalten oder hindern muss.“

## Zentrale Überwachung, aber nicht mehr Personal

Auch der Kritik von Bafin-Chef Branson, dass bei einer Zentralisierung von Aufsicht am Ende ironischerweise oft mehr Ressourcen gebraucht würden als vorher, widerspricht Ross – zumindest für den Kapitalmarktbereich. Dort hat die Esma in den vergangenen Jahren die direkte Überwachung von Ratingagenturen, Transaktionsregistern und europäischen Referenzwerten wie dem Euribor übernommen. „Wir haben dafür nur wenige neue Leute eingestellt“, sagt Ross. „Wir brauchen zwar adäquate Ressourcen, um effektiv zu überwachen, aber im Vergleich zu dem Personal, das die nationalen Aufsichtsbehörden oder die EZB-Bankenaufsicht beschäftigen, ist das minimal.“ Ende vergangenen Jahres hatte die Esma 320 Beschäftigte. Die EZB-Bankenaufsicht kam auf 1651, die Bafin auf 2890 Angestellte.

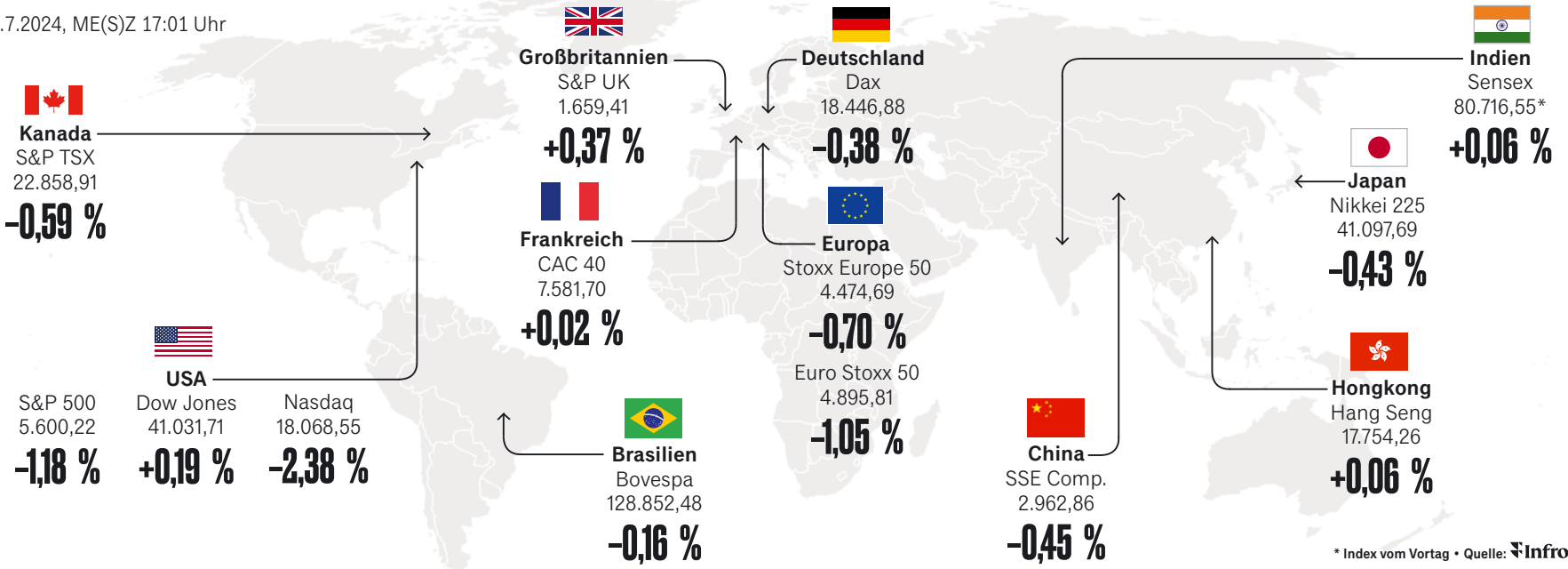
Grundsätzlich hat Ross den Eindruck, dass die Schaffung einer europäischen Kapitalmarktunion für alle Regierungen hohe Priorität hat. „Deshalb gehe ich davon aus, dass die nächste EU-Kommission hierzu rasch konkrete Vorschläge machen wird.“

Große Einigkeit herrsche darüber, dass der Verbriefungsmarkt belebt werden müsse. „Deshalb gibt es hier die größte Dynamik“, beobachtet Ross. Durch die Belebung des Verbriefungsmarktes sollen es Banken leichter haben, Kredite gebündelt an Investoren zu verkaufen. So bekämen sie mehr Spielraum, neue Kredite zu vergeben. „Bei der Frage, ob die Esma bei der Überwachung von Finanzkonzernen mehr Kompetenzen bekommen sollte, gehen die Meinungen noch etwas mehr auseinander“, räumt Ross ein.

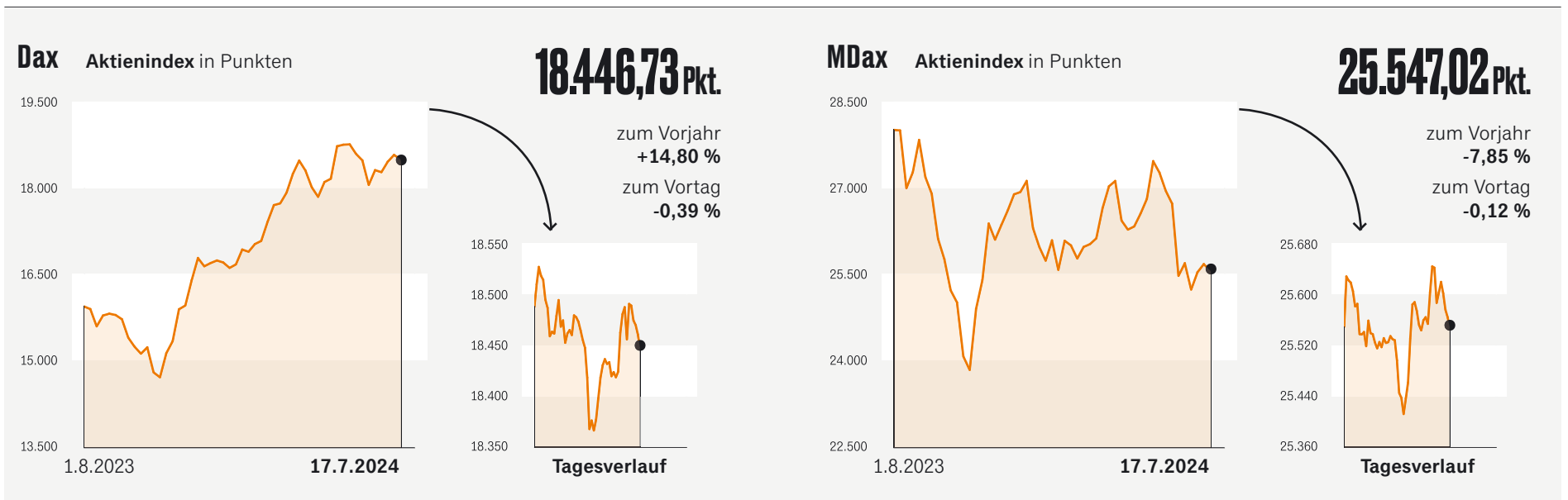
Maurice Kohn, APAP, Bloomberg/Getty Images, Bloomberg

Leitbörsen im Überblick

17.7.2024, ME(S)Z 17:01 Uhr



Deutsche Indizes



Dax (auch im 1) Euro Stoxx 50, 2) Stoxx 50, 3) TecDax | 18446,73 | -0,39% | 52-Wochen-Hoch 18.892,92 | 52-Wochen-Tief 14.630,21

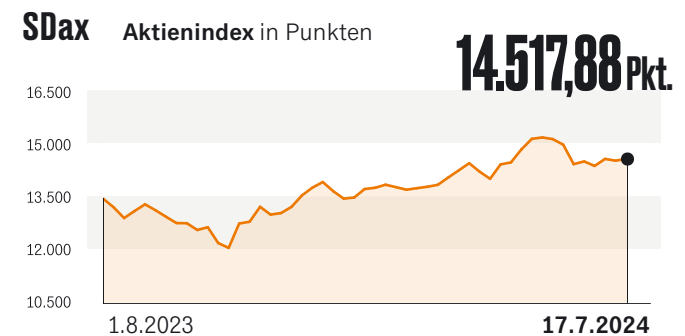
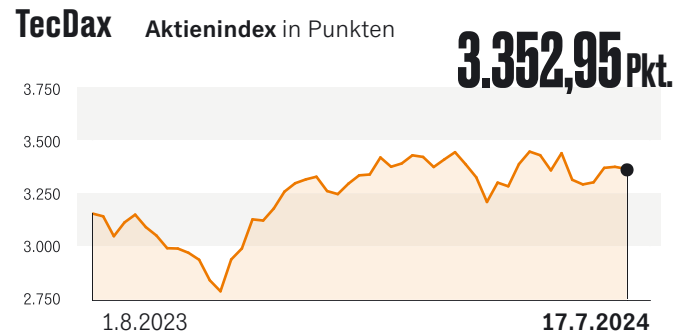
Table with 5 columns: TOPS des Jahres, 52-Wochen-Hoch, Dividendenrendite, Jahresdiv., Ex-Tag, KGV, Ergebnis. Lists companies like Rheinmetall, Siemens Energy, Deutsche Bank NA, etc.

Main table with 12 columns: Tages-Hoch, Tief, Verlauf, % Vortag, % 1 Jahr, 52 Wochen Hoch/Tief, Umsatz Letzte Stück/Div., HV Div. Termin Rend., Div.s 2024, Ergebnis 2024/2025, KGV 2024/2025, MK in Mrd, Streu. in %. Lists companies like Adidas, BASF, Bayer, etc.

Tops Flops

Table for Dax Tops and Flops. Adidas NA (+2,45), BASF NA (+2,37), Bayer NA (+2,26) are tops; Rheinmetall (-5,43), Siem. Energy (-4,36), Daimler Truck (-2,01) are flops.

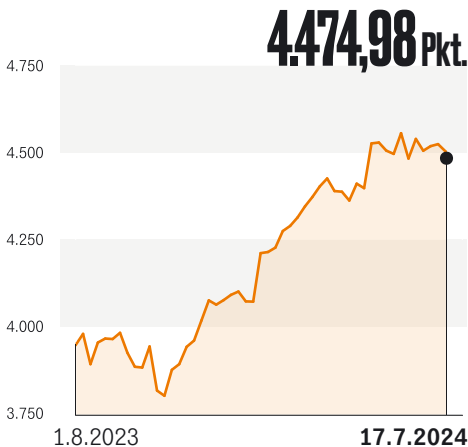
Table for MDax Tops and Flops. Lanxess (+16,02), HelloFresh (+7,03), Lufthansa vNA (+3,54) are tops; Hensoldt (-4,75), Siltronic NA (-3,69), Gerresheimer (-3,55) are flops.



Europäische Indizes

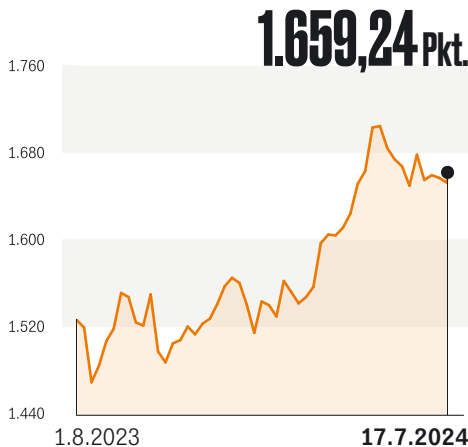
Stoxx Europe 50

Aktienindex Europa in Punkten



S&P Großbritannien

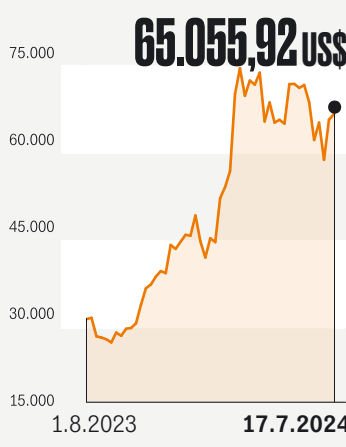
Aktienindex Großbritannien in Punkten



Währungen

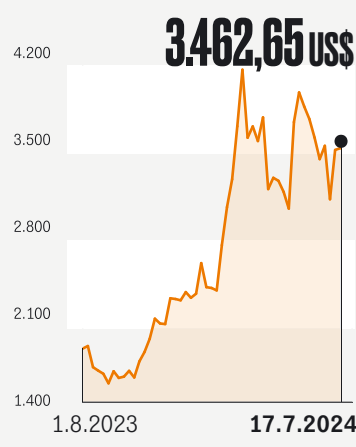
Bitcoin

Kurs in US-Dollar



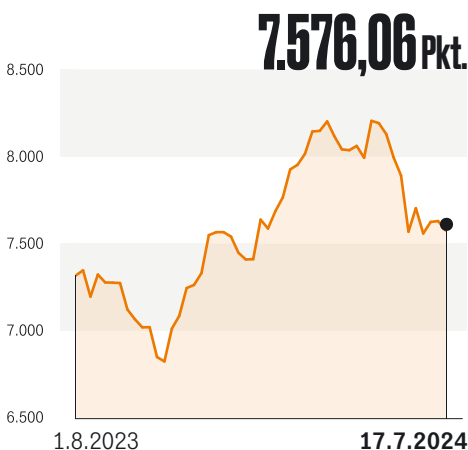
Ethereum

Kurs in US-Dollar



CAC 40

Aktienindex Frankreich in Punkten



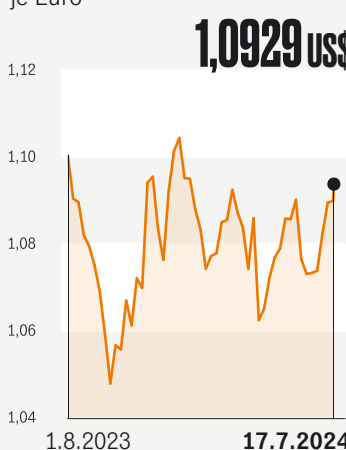
Dow Jones Italy Titans 30

Aktienindex Italien in Punkten



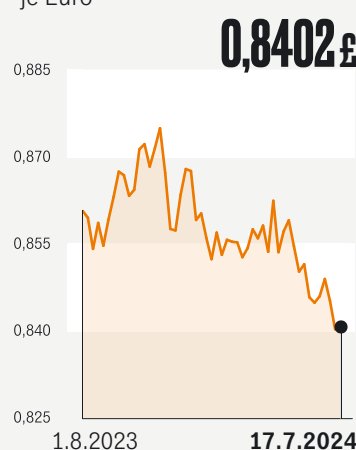
Euro/US-Dollar

Wechselkurs in US-Dollar je Euro



Euro/Britisches Pfund

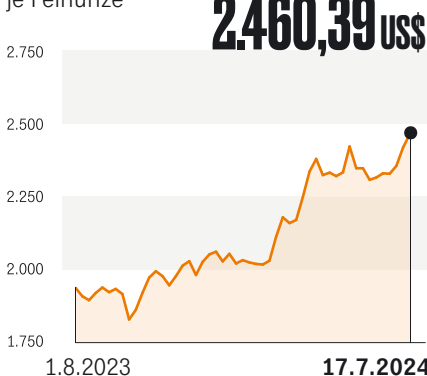
Wechselkurs in brit. Pfund je Euro



Rohstoffe

Gold

Preis in US-Dollar je Feinunze



Kupfer

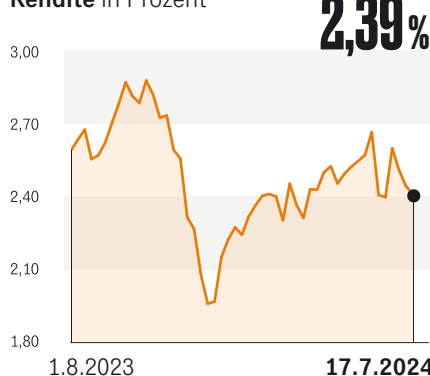
Preis in US-Dollar je Tonne



Staatsanleihen

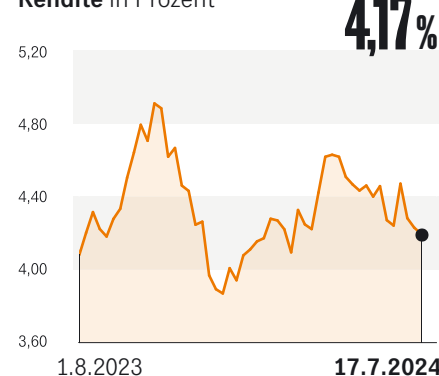
Bundesanleihe

Laufzeit 10 Jahre Rendite in Prozent



US-Staatsanleihe

Laufzeit 10 Jahre Rendite in Prozent



GSCI 3690,52 | +0,79 %



TOP-FLOP DER ROHSTOFFTITEL

17.7.2024	Kurs	± % Vortag
Hafer (Cents/Bushel)	319,75	+4,15
Weizen (Cents/Bushel)	546,00	+2,87
Blei (\$/t)	2202,0	+2,83
Rohöl WTI (\$/Barrel)	82,67	+2,37
Baumwolle (Cents/lb)	72,43	+1,58
Erdgas (Cents/mmBtu)	2,07	-5,30
Silber (\$/Unze)	30,47	-3,16
Orangensaft (Cents/lb)	434,35	-2,69
Rohöl OPEC (\$/Barrel)	84,44	-2,12
Kohle (\$/t)	107,35	-1,65

DEUTSCHE EDELMETALLE

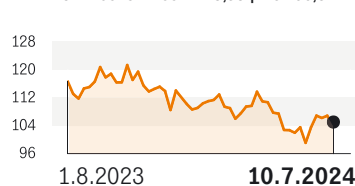
	17.7.2024	16.7.
Silber	891,18 - 983,59	888,78 - 980,95
Silber verarb.	1029	1027
Platin Barren	32,01	31,88
Platin verarb.	33,21	33,07
Palladium Barren	30,71	30,27
Palladium verarb.	31,87	31,42
Gold	71,38 - 76,92	70,47 - 75,94
Gold verarb.	80,57	79,54

Silber Euro / kg; Platin, Palladium und Gold, Euro / g.  
Die Preise gelten nur für industrielle Abnehmer (ohne MwSt.)  
Quelle: Heraeus

DEUTSCHE METALLPREISE

Kassa Basis London (€/100 kg)	17.7.2024	16.7.
Aluminium, hochgradig	216,0 - 216,1	218,0 - 218,0
Aluminium, Legierung	250,4 - 251,3	251,5 - 252,4
Blei	201,4 - 201,5	195,7 - 195,7
Kupfer (A)	871,7 - 871,8	877,4 - 877,4
Kobalt	2348,0 - 2393,7	2355,1 - 2400,9
Nickel	1496,6 - 1497,0	1507,1 - 1507,5
Zink, spezial-hochgradig	257,8 - 257,8	262,2 - 262,4
Zinn	3040,7 - 3045,3	3017,8 - 3022,4

Heizöl (Ø 15 Städte) 106,14 | -1,89 %



HEIZÖLPREISE

eid HAMBURG. Ermittelte Angebotspreise des EID für Lieferungen von 3000 l (Premium-Qualität) frei Verwendertank in €/100 l einschl. 19% MwSt., EBV und IWO:

	10.7.2024	3.7.	10.7.2024	3.7.	
Berlin	106,48	110,98	Karlsruhe	101,15	102,65
Bremen	113,20	113,52	Kiel	107,25	112,80
Cottbus	108,33	108,00	Leipzig	105,65	107,60
Dresden	105,13	108,38	Lübeck	108,06	107,72
Düsseldorf	103,17	105,10	München	102,73	105,10
Frankfurt	104,02	106,85	Rostock	106,48	110,65
Hamburg	109,63	108,32	Hannover	106,52	109,38
Hannover	106,52	109,38	Stuttgart	104,25	105,72

Schalterkurse Edelmetalle

Goldbarren und -münzen in Euro (Mehrwertsteuerfrei)	Ankauf 17.7.2024	Verkauf 17.7.	Rendite in % 18.7.2023	52-Wochen Hoch	52-Wochen Tief
Gold (kg)	70 718,00	73 837,00	+21,47	72 559,00	55 592,00
500 g Goldbarren	34 794,00	37 271,00	+18,86	36 172,50	27 879,00
100 g Goldbarren	6 958,00	7 488,00	+18,15	7 251,50	5 592,75
1 oz Goldbarren	2164,00	2317,30	+17,49	2249,40	1744,50
10 g Goldbarren	695,50	770,50	+13,92	736,00	570,00
1/2 oz Krügerand	2175,00	2267,00	+16,56	2243,00	1757,75
1/4 oz Krügerand	1087,50	1231,10	+11,86	1163,65	899,55
1/4 oz Krügerand	543,50	634,10	+7,79	591,00	458,70
217,50	261,40	+3,62	240,15	187,55	
1/2 oz Maple Leaf	1087,50	1231,10	+11,86	1163,65	899,55
1 Österreichischer Dukat	238,80	253,50	+18,51	247,15	196,60
10 Österreichische Kronen	211,00	226,00	+15,93	219,25	169,75
20 Österreichische Kronen	421,60	447,50	+18,43	436,15	334,55
100 Österreichische Kronen	2105,00	2210,00	+15,23	2166,00	1658,00
20 Francs Leopold	402,90	429,00	+13,33	422,35	329,25
20 Francs Marianne	402,90	428,60	+15,34	419,15	329,95
1 DM Deutschland	847,60	955,00	+11,36	904,80	738,85
20 Mark Wilhelm I	504,30	606,00	+12,12	557,60	430,10
20 Mark Wilhelm II	504,30	536,30	+6,34	522,90	407,25
50 Chilienische Pesos	628,00	696,00	+10,83	664,50	512,25
2 Rand	507,30	533,00	+5,07	522,15	403,35
20 Kronen Dänemark	563,10	689,00	+21,29	628,15	481,50
20 Franken Vreneli	408,40	429,00	+5,05	420,25	339,95

Die Quelle der An- und Verkaufspreise (gültig für sehr gut erhaltene Stücke) ist die Degussa Goldhandel GmbH. Die Rendite entspricht dem Preis, den die Quelle dem Anleger bei einem Goldverkauf bezahlt, abzüglich der Anschaffungskosten, die ihm beim Kauf vor einem Jahr entstanden sind.



Ausgewählte Einzelwerte

MDax (auch im 1 Euro Stoxx 50, 2 Stoxx 50, 3 TecDax) 25548,00 | -0,11% | 52-Wochen-Hoch 28.889,94 | 52-Wochen-Tief 23.626,97

Table with 7 columns: T.O.P.S. des Jahres, 52-Wochen-Hoch, Dividendenrendite, Jahresdiv., Ex-Tag, KGV, Ergebnis. Rows include United Internet NA, Aroundtown, Traton, TAG Immobilien.

Main table for MDax with columns: Tages-, Hoch, Tief, Verlauf, % Vortag, % 1 Jahr, 52 Wochen, Umsatz Letzte, HV Div., Divs., Ergebnis, KGV, MK, Streu. Rows include Aixtron NA, Aroundtown, Aurubis, Bechtel, Bfiling, Carl Zeiss Meditec, CTS Eventim, Delivery Hero, Encavis, Evonik Industries, Evotec, Fraport, freenet NA, Fresenius M. C. St., Fuchs Vz., GEA Group, Gerresheimer, Hella, HelloFresh, Hensoldt, HochTief, Hugo Boss NA, Jenoptik, Jungheinrich Vz., K+S NA, Kion Group, Knorr-Bremse, Kronos, Lanxess, LEG Immobilien, Lufthansa vNA, Nemetschek, Nordex, Puma, Rationale, Redcare Pharmacy, RTL Group, Scout24 NA, Siltron NA, Stabilis S.A., Ströer & Co., TAG Immobilien, Talanx NA, TeamViewer SE, thyssenkrupp, Traton, TUI, United Internet NA, Wacker Chemie.

SDax (auch im 1 Euro Stoxx 50, 2 Stoxx 50, 3 TecDax) 14520,73 | -0,71% | 52-Wochen-Hoch 15.337,24 | 52-Wochen-Tief 11.973,73

Main table for SDax with columns: Tages-, Hoch, Tief, Verlauf, % Vortag, % 1 Jahr, 52 Wochen, Umsatz Letzte, HV Div., Divs., Ergebnis, KGV, MK, Streu. Rows include 1&1, adresso, Adtran Hold., Adtran Networks, Amadeus Fire, Atoss Software, Auto1 Group, BayWa vNA, Borussia Dortmund, Cancom, Ceconomy St., CeWe Stiftung, CompuGroup Med., Dermapharm Holding, Deutz, Douglas, Drägerwerk Vz., Dt. Beteiligung, Dt. Pfandbriefbank, Dt. Wohnen Inh., Dürr, DWS Group, Eckert & Ziegler SE, Elmos Semicond., Energiekontor, Fielmann Grp., flatexDEGIRO, GFT Technologies, Grand City Prop., Grenke NA, Hamborer Reit, Heidelb. Druck, Hornbach Hold., Hypoport SE, Indus Holding, Ionos Group, Jost Werke, Klöckner & Co. NA, Kontron, KSB VA, KWS Saat, Medios, Metro St., MLP, Mutares, Nagarro, Norma Group NA, Patrizia, PNE NA, ProSiebenSat.1, PVA TePla, RENK Group, SAF Holland, Salzgitter, Schaeffler Vz., Schott Pharma, SFC Energy, SGL Carbon, Sixt St., SMA Solar Techn., Sto & Co. KGaA Vz, Stratec, Südzucker, Süss MicroTec NA, Takkt, thyssenkr. nucera, Verbio, Vitesco Techn. Grp., Vossloh, Wacker Neuson NA.

S&P500 5602,65 | -1,14% | 52-W.-Hoch 5.669,67 | 52-W.-Tief 4.103,78

Main table for S&P500 with columns: (Auswahl, ohne DJ-Indextitel), 17.7.2024, Verlauf, % Vortag, % 1 Jahr, 52 Wochen, Letzte, 2024, 2025, KGV, MK, Streu. Rows include Abbott Laboratories, AbbVie Inc, Adobe, Adv. Micro Devices, Aes Corp, AirBnB, Alphabet Inc. A, Alphabet Inc. C, Altria Group, Am. Intl. Group, Amer. Electr. Power, Amer. Tower Reit, American Airlines, American Water, Analog Devices, Ansys, Applied Materials, AT&T, Autodesk Inc., Automatic Data, Baker Hughes, Bank of America, Bank of New York, Berkshire Hath. B, Biogen Inc., Blackrock, Booking Hold., Bristol-Myers Squibb, Broadcom, C.H. Robinson Worldw., Cadence Design, Capital One, CDW Corp., Centerpoint Energy, Charles Schwab, Charter Comm., Cintas Corp., Citigroup, Cognizant Techn., Colgate-Palmolive, Comcast A, ConocoPhillips, Consolidated Edison, Const. Energy Corp., Copart Inc., Costar Group, Costco Wholesale Corp., CrowdStrike, CSX Corp., CVS Caremark, DanaHER Corp., Deere & Co., Delta Airlines, DexDerm, Diamondback Energy, Dollar Tree Stores, Dominion Energy, Duke Energy, Edison International, Electronic Arts Inc., Eli Lilly, Emerson Electric, Exelon Corp., Exxon Mobil, Fastenal Comp., FedEx Corp., FirstEnergy, Ford Motor, Fortinet, GE Aerospace, GE HealthCare, General Dynamics, General Motors, Genie Scanners, Hunt Transport, IDEX Laboratories, Intuit Inc., Intuitive Surgical Inc., Keurig Dr Pepper, KLA Corp., Kraft Heinz Co, Lam Research, Lockheed Martin, Lowe's, Lululemon Athlet., Marriott Intl., MasterCard, Meta Platforms, MetLife, Micropich Techn., Micron Techn., Moderna, Mondelez Intern., Monster Beverage, Morgan Stanley, Netflix, Nextera Energy, NiSource, Norfolk Southern, NVIDIA Corp., O'Reilly Automotive, Old Dominion Fr., ON Semiconductor, Occor Corporation, Pacifi Corp., Palo Alto Networks, Paychex Inc., PayPal, Pepsico, Pfizer, PG & E Corp., Philip Morris, Pub Enterprise, Qualcomm Inc., Regeneron Pharma, Roper Technol., Ross Stores, Inc., RTX Corp., Simon, Southern Co., Southwest Airlines, Starbucks Corp., Synopsys, Take-Two Inter. Softw., Target Corp., Tesla, Texas Instruments, Thermo Fisher, T-Mobile US, U.S. Bancorp, Union Pacific, United Airlines Hold., UPS, Verisk Analytics, Vertex Pharma., Walgreens Boots, Warner Bros. Disc., Wells Fargo, Xcel Energy.

Ausgewählte Einzelwerte

EuroStoxx50

4897,49 | -1,02% | 52-Wochen-Hoch 5.121,71 | 52-Wochen-Tief 3.993,10

Table with columns: TOPS des Jahres, 52-Wochen-Hoch, Dividendenrendite, KGV. Lists companies like UniCredit, Intesa Sanpaolo, Safran, etc.

Main table with columns: (ohne deutsche Indextitel), Verlauf, % Vortag, % 1 Jahr, 52 Wochen, Umsatz, Letzte Div., Div. Rend., Ergebnis, KGV, MK Streu. Lists various companies like AB Inbev, Adyen, etc.

Dow Jones

41046,95 | +0,23% | 52-Wochen-Hoch 41.135,88 | 52-Wochen-Tief 32.327,20

Table with columns: 17.7.2024 / 17:10 h, Verlauf, % Vortag, % 1 Jahr, 52 Wochen, Umsatz, Letzte Div., Div. Rend., Ergebnis, KGV, MK Streu. Lists companies like Amazon, American Express, etc.

Aktuelle Kursinformationen finden Sie unter

http://finanzen.handelsblatt.com

Zinsen

Umlaufrendite



INTERNATIONALE RENDITEN

Table with columns: 10-j. Staatsanleihen, 17.7.2024, % in %, 16.7. Lists countries like Australien, Belgien, etc.

Devisenmärkte

US \$ je Euro



Devisen- und Sortenkurse für 1 Euro

Table with columns: 17.7.2024, Devisen, Brief, Geld, 3 Monate, 6 Monate, Ref.kurse, Bankschalter. Lists currencies like Australien, Dänemark, etc.

Mitgeteilt von Infront Financial Technology GmbH, LBBW; Frankfurt Sortenkurse aus Sicht des Bankkunden...

Hinweis zum Kurstext: Telefon: 0800 0002053 oder Mail hb.aboservice@vhb.de. Aktien: Börseplatz Dax, MDax, SDax etc.

SUDOKU Zahlenspiele für Rätselfreunde

Sudoku puzzle grid (middle difficulty).

Sudoku puzzle grid (hard difficulty).

Lösungen vom 17.07.

Das Kulträtsel Sudoku auch unter: www.handelsblatt.com/sudoku

So funktioniert es: Füllen Sie die Matrix mit Zahlen von 1 - 9. Jede Ziffer darf nur einmal in jeder Spalte, Reihe und in den 3x3 Feldern vorkommen.

Sudoku solution grid (middle difficulty).

Sudoku solution grid (hard difficulty).



Ingo Narat Frankfurt

**A**n den Anlagemärkten deutet sich ein Favoritenwechsel an. „Bisher haben die Technologieaktien mit ihrer Rally alles überstrahlt“, kommentiert André Härtel die Fondsbilanz für das erste Halbjahr. Der Spezialist von Scope Fund Analysis errechnete für das Handelsblatt die durchschnittlichen Erträge von Fonds für 36 unterschiedliche Anlageschwerpunkte. In den ersten sechs Monaten des Jahres lagen die Fonds für Telekommunikationsaktien mit 19,0 Prozent vorn, knapp gefolgt von Strategien für Tech-Werte mit 17,3 Prozent.

In dieser Abrechnung rangieren Produkte für Goldminenaktien mit 14,5 Prozent zwar nur auf dem vierten Platz. Doch eine aktuelle Übersicht würde anders aussehen. In den bisherigen Julitagen sprang der Nyse Arca Gold Bugs, ein Index für Goldminen, um 15 Prozent nach oben – was die Minenfonds in einer vorläufigen Jahresabrechnung mit geschätzt 30 Prozent Gewinn an die Spitze bringen würde. Das Handelsblatt stellt vier ertragreiche Fonds für Goldaktien vor.

Die Aktienkurse für Minenwerte sind getrieben vom Preisanstieg des Edelmetalls, das mittlerweile so teuer ist wie nie: Am Mittwoch wurde die Feinunze Gold in der Spitze bei 2483 Dollar gehandelt. Seit Mitte Februar ist der Goldpreis beschleunigt gestiegen, um etwa 25 Prozent.

„Die asiatischen Zentralbanken kaufen, auch wenn die chinesische gerade eine Pause macht, die Inflation bleibt hoch, und das Metall ist wegen der geopolitischen Unsicherheiten gefragt“, bündelt Goldfachmann Joachim Berlenbach von Earth Resource Investments die Gründe. Hier spiele angesichts der Folgen der amerikanisch-russischen Konfrontation auch der Wunsch einiger Notenbanken nach größerer Unabhängigkeit vom US-Dollar bei den Devisenreserven und als Handelswährung eine Rolle. Westliche Anleger seien an den Käufen bisher kaum beteiligt.

Die Aktienkurse von Goldminen reagieren auf Veränderungen des Goldpreises tendenziell stärker als der reine Metallpreis, weil dessen Anstieg die Gewinne der Förderer überproportional treibt. Die relative Veränderung des Gewinns, also Metall-Verkaufspreis minus Kosten, ist einfach höher.

Berlenbach erwartet deshalb einen dramatischen Effekt: „Wir schätzen, dass die Gewinnmargen im zweiten Quartal gegenüber dem ersten Vierteljahr von 18 auf 33 Prozent springen, sich also fast verdoppeln.“ Ähnlich denkt Erich Meier vom spezialisierten Geldverwalter Konwave: „Die Goldminenbranche wird in den nächsten Quartalen rund das Doppelte an freiem Cashflow gegenüber 2020 erwirtschaften.“ Darauf seien die Anleger überhaupt nicht vorbereitet. „Noch stehen Aktien wie Nvidia auf der Bühne, Rohstoffe sind out“, sagt Berlenbach. Aber das werde sich ändern. Sein Rat: „Die Anleger sollten umschichten.“ Das empfiehlt auch Meier, der mit einem Switch der Investoren rechnet: raus aus Tech-Aktien, rein in Goldwerte.



Fonds

# Renditebringer Goldaktien

Das wachsende Sicherheitsbedürfnis vieler Anleger beflügelt Fonds für Minenwerte – sie legten in diesem Jahr bereits kräftig zu. Und die Rally dürfte weitergehen.

Bloomberg/Getty Images

Ein Katalysator könnten die anstehenden Veröffentlichungen der Quartalszahlen sein, die nach Meinung der Experten mit außergewöhnlichen Gewinnanstiegen die Aufmerksamkeit der Anleger erregen dürften. Die größte Goldmine Newmont präsentiert ihre Zahlen am 24. Juli, Kinross Gold und Agnico Eagle Mines folgen am 31. Juli. „Die Minenkurse haben einen riesigen Nachholbedarf“, ist Berlenbach überzeugt. Das Verhältnis der Minenkurse zum Metallpreis sei an einem historischen Tief, die Aktien der Branche sind seiner Meinung nach also viel zu billig. „Da bereitet sich ein Kursfeuerwerk vor, mit den guten Ergebnissen der Minen werden dann auch die westlichen Investoren kaufen müssen“, glaubt der Experte.

Der Aktienmarkt für Goldminen ist extrem klein. Selbst der größte Goldproduzent Newmont kommt nur auf einen Börsenwert von 55 Milliarden Dollar, viele Konkurrenten erreichen höchstens einen einstelligen Milliardenwert. Fonds für Edelmetallaktien sind eine Nische. In Deutschland

**Goldmine in Australien:** Fonds des Edelmetalls könnten der neue Anlegerfavorit werden.

werden nur 35 Strategien mit einem Gesamtkapital von zwölf Milliarden Euro angeboten.

Das Handelsblatt stellt vier dieser Fonds vor. Alle haben ein gutes Rating von Scope Fund Analysis, ein größeres Volumen und konnten sowohl in diesem Jahr wie auch längerfristig mehr Rendite erwirtschaften als der Durchschnitt in diesem Anlagesegment.

## Earth Gold Fund

### Rendite

**2024 bis Juni:** 24,5 Prozent

**5 Jahre p. a.:** 17,0 Prozent

Joachim Berlenbach will sich nicht auf die großen Unternehmen der Branche verlassen. „Eine Barrick oder Newmont wachsen nicht mehr oder kaum noch“, sagt der Fondsmanager. Der Geologe verlässt sich lieber auf Minenentwickler, die zwei Drittel des Fondsvolumens ausmachen.

Zu dieser Gruppe gehöre die kanadische Lundin Gold: „Das neue Minenprojekt in Ecuador ist noch nicht im Aktienkurs eingepreist.“ Ein anderes Beispiel sei Dundee Precious Metals mit Projekten etwa in Bulgarien,

Armenien und Serbien. In den vergangenen Monaten kaufte der Fonds unter anderem G2 Gold, einen in Guyana operierenden Explorer sowie Vizsla Silver, einen Projektentwickler in Mexiko.

Silberaktien werden nach Meinung von Berlenbach noch höhere Kursgewinne liefern als die aus dem Goldbereich. Daher sind auch drei entsprechende Unternehmen unter den zehn größten Positionen des Fonds: Pan American Silver, Coeur Mining und Fortuna Mining.

## Multipartner Sicav – Konwave Gold Equity Fund

### Rendite

**2024 bis Juni:** 21,3 Prozent

**5 Jahre p. a.:** 17,2 Prozent

„Wir wollen im Bullenmarkt für Edelmetalle der beste Goldfonds sein“, so formuliert Erich Meier den ambitionierten Anspruch. Als Fondsmanager beim spezialisierten Verwalter Konwave hat er die eigene Strategie auf die eher kleineren Unternehmen ausgerichtet. „Bis zu 40 Prozent der Mittel stecken in Firmen, die Lagerstät-







